

Fritz Keller

**DIE ARBEITER- UND SOLDATENRÄTE  
IN ÖSTERREICH 1918-23**

Versuch einer Analyse

Richard Müller

**1918 – RÄTE IN DEUTSCHLAND:  
DAS RÄTESYSTEM IN DEUTSCHLAND**

# INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	Seite 3
Vorwort von Fritz Keller	Seite 5
Fritz Keller Die Arbeiter- und Soldatenräte in Österreich 1918-23 Versuch einer Analyse	Seite 7
Richard Müller 1918: Räte in Deutschland	Seite 56

## KONTAKT ZUR SLP

Wir freuen uns, wenn Du/Sie mit uns über die vorliegende Broschüre diskutieren willst/wollen. Einfach anrufen oder schreiben (per E-Mail oder mit traditioneller Post)!

Auf dem selben Weg erhältst Du/erhalten Sie nähere Informationen über die SLP, kannst Du/können Sie Mitglied der SLP werden oder einfach ein Treffen mit uns vereinbaren. Darüber hinaus halten wir eine webpage für Dich/Sie unter [www.slp.at](http://www.slp.at) bereit.

TEL 01-524 63 10 MAIL [SLP@SLP.AT](mailto:SLP@SLP.AT)

WEB [WWW.SLP.AT](http://WWW.SLP.AT) POST SLP, KAISERSTR. 14/11, 1070 WIEN

## CREDITS

**Herzlichen Dank** an Pia Abel für das Tippen des Vorworts.

**Herzlichen Dank** an Harry Mahrer für das Layout und das Coverdesign.

## IMPRESSUM

Medieninhaberin, Herausgeberin und Verlegerin:

Sozialistische LinksPartei, Kaiserstraße 14/11, 1070 Wien

Herstellungs- und Verlagsort: Wien

Druck: Eigenvervielfältigung

# VORWORT

Die in Neuauflage vorliegende Arbeit von Fritz Keller ist - so paradox es scheinen mag - eine der erfolgreichsten Broschüren die wir jemals herausgegeben haben. Sie wurde seit 1998 nicht nur hundertemale verkauft, sondern auch von wichtigen Bibliotheken - wie jener der Arbeiterkammer - bestellt und damit in die Bestände aufgenommen. Woraus erklärt sich dieses Interesse? Die österreichische ArbeiterInnenbewegung hatte in den Jahren nach dem 1. Weltkrieg den Schlüssel zur sozialistischen Revolution in ihren Händen. Wie in Russland und später in Deutschland und Ungarn hatten sich "ArbeiterInnen- und Soldatenräte" gebildet, die am Sprung zur Macht schienen. Österreich war damals im internationalen Kontext eines der "revolutionärsten" Länder - ein Stück unserer Geschichte, dass lange Zeit verdrängt und vergessen schien.

Auch jetzt befinden wir uns am Wendepunkt: Mit dem Antreten der blau-schwarzen Regierung wurde die Sozialpartnerschaft der Periode nach dem 2. Weltkrieg endgültig begraben. In einem Punkt treten deutliche Parallelen zwischen der kommenden Entwicklung und jener Situation nach der unmittelbaren Niederlage der sozialistischen Revolution in Europa am Beginn der 20er Jahre auf. Mit Hammerschlägen wurden damals - und werden heute - soziale und politische Errungenschaften zertrümmert. Fritz Keller beschreibt in seiner Broschüre sehr deutlich, wie die Niederlage der österreichischen und deutschen Revolution und das stete Zurückweichen vor der Reaktion während der 20er und 30er Jahre in die Niederlage und letztlich in den Faschismus mündete. Evident war damals die Rolle der Sozialdemokratie, die als die Partei der österreichischen ArbeiterInnenbewegung 1918/19 nicht nur die sozialistische Revolution verhinderte, sondern auch für die Politik des Zögerns und Abwartens stand.

An diesem Punkt enden auch die Parallelen zwischen der Entwicklung damals und 2001. Heute ist die SPÖ nicht mehr die Partei der österreichischen ArbeiterInnenklasse, sondern eine bürgerliche Partei. Sie hat in den 90er Jahren selbst massiv den Sozialabbau und Rechtsruck vorangetrieben, der schließlich in der jetzigen "Wenderegierung" gipfelte. Es wäre mehr als vermessen, heute von der SPÖ eine grundsätzliche Alternative zu dieser Bundesregierung zu erwarten - geschweige denn ein Eintreten für den Sozialismus. Wir nehmen demgegenüber die historischen Erfahrungen als Auftrag gegen alle Aspekte der Kahlschlagpolitik der Regierung zu kämpfen. Doch das alleine wäre zuwenig. Unser Ziel ist es eine politische

Alternative aufzubauen - in Form einer neuen sozialistischen ArbeiterInnenpartei. Die Traditionen der österreichischen Rätebewegung sind dabei mehr als verstaubte Erinnerung. Sie sind ein konkreter Erfahrungsschatz, auf den wir zu gegebener Zeit zurückgreifen wollen und werden. Besonders interessant ist in dieser Hinsicht der zweite - neu aufgenommene - Text über die deutschen Räte in unserer Broschüre. Der Autor Richard Müller war selbst Teilnehmer dieser Bewegung in Deutschland und fasst sehr grundsätzliche historische und politische Erfahrungen zusammen. Nicht nur seine Gedanken über formale Demokratie im bürgerlichen Staat und die Möglichkeiten der Erkämpfung der tatsächlichen Gleichberechtigung mittels Räte-system und Sozialisierung der Wirtschaft sind lesenswert. Müllers Text beschäftigt sich auch mit den konkreten Schritten zur Errichtung einer sozialistischen Planwirtschaft in Deutschland nach dem 1. Weltkrieg.

Wir hoffen mit der Neuauflage und der Erweiterung dieser Broschüre einen Beitrag zur inhaltlichen Aufrüstung der österreichischen ArbeiterInnenbewegung zu leisten. Dieser - zugegebenermaßen - etwas militärische Jargon, scheint uns angesichts des rollenden Frontalangriffs auf soziale und politische Rechte mehr als gerechtfertigt.

## VORWORT VON FRITZ KELLER

Wenn ich nachlese, was ich 1971, 21-jährig, ohne auch nur einen Tag lang das sogenannte Handwerk des Historikers studiert zu haben, in einer vom "Zentralrat des Verbandes Sozialistischer Mittelschüler (VSM)" herausgegebenen Broschüre über die Rätebewegung geschrieben habe, fällt mir sofort der politische Hintergrund ein, der zu ihrer Entstehung führte: Nach der Bildung einer auf die stillschweigende Duldung der FPÖ im Parlament angewiesenen sozialdemokratischen Minderheitsregierung Bruno Kreisky im März 1970 kam die Verbandsführung, der ich angehörte, mehr und mehr unter Druck der SPÖ-Apparatschiks. Ich mußte im Zentralsekretariat Presse-Erklärungen unterschreiben, bevor ich sie richtig gelesen hatte; ich mußte mit Landesparteisekretären verhandeln, die ihr Wissen über die lokalen VSM-FunktionärInnen aus den Dossiers von STAPO-Akten schöpften, die sie noch stolz präsentierten; ich mußte lernen, daß für die SPÖ-Führung der korrupteste "Rechte" akzeptabler war als der anständigste "Linke"; ich mußte um jeden Schilling des dem VSM zustehenden Bundesjugendring-Geldes betteln gehen, weil uns die Zeichnungsberechtigung über die eigenen Konten vom Zentralsekretär durch Erpressung entzogen worden war... Entsprechend groß war meine Abneigung, meine Verachtung, mein Haß -Gefühle, die ich zwischen und manchmal in den Zeilen des vorliegenden Textes entdeckte (und die 1973 zur Trennung des VSM von der SPÖ führten).

Bei Fritz Keller, dem noch immer als Geschichtsarbeiter Tätigem, ruft die Lektüre außerdem die Erinnerung an den völlig unzureichenden Stand der damaligen zeitgeschichtlichen Forschung über die Rätebewegung wach:

ROMAN ROSDOLSKYS bahnbrechende Studie "Die revolutionäre Situation in Österreich im Jahr 1918 und die Politik der Sozialdemokraten - Der österreichische Januarstreik 1918", in der er aufgrund von Archivmaterial nachwies, daß die sozialdemokratische Führung um Victor Adler mit der k.u.k. Regierung gegen die rebellischen ArbeiterInnen und Soldaten konspirierte, hatte noch keinen Verleger gefunden (sie erschien zum ersten und einzigen Mal zwei Jahre später im Westberliner VSA-Verlag zusammen mit seiner Arbeit über "Die Friedenspolitik der Bolschewiki vor der Novemberrevolution 1918" in einem Sammelband unter dem Titel "Studien zur revolutionären Taktik").

Die Aufarbeitung des Themas auf Universitätsebene setzte überhaupt erst ein Jahr nach der Publikation des vorliegenden Textes mit HANS HAUT-

MANNS Aufsatz "Rätedemokratie in Österreich 1918-1924" in der Österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaft ein (nach umfangreichen Quellenstudien erschien 1987 dann sein umfangreiches Standardwerk zum Thema - Pflichtlektüre für jede(n), der sich wirklich gründlich mit dem Gegenstand befassen will!).

Warum ich trotzdem einem Reprint freudig zugestimmt habe? Einmal, weil Hans Hautmann den als hektographisches, 22-seitiges Heft erschienenen Text in seiner "Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918-1924" immerhin als wissenschaftliche Fachliteratur erwähnt und darüber hinaus positiv anmerkte: "Der Autor - von einem linken Standpunkt das Thema behandelnd - wirft...einige theoretische Fragen der Rätebewegung auf, ohne sie jedoch angesichts des beschränkten Umfangs der Arbeit ausführlich zu diskutieren". Vor allem freute mich aber, daß der Text mit dieser Neuveröffentlichung wieder gemäß seiner ursprünglichen Zweckbestimmung verwendet wird, nämlich, das Geschichtsbild von KämpferInnen für "eine Welt, die die Welt noch nicht gesehen" (Rudi Dutschke) formen zu helfen.

Wien, im Jänner 1998  
Fritz Keller

# DIE ARBEITER- UND SOLDATENRÄTE IN ÖSTERREICH 1918-23

## Versuch einer Analyse

Fritz Keller, Wien 1971

### **Thesen zur Klassenlage der österreichischen<sup>1</sup> Bourgeoisie im 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts**

Zunächst erscheint es zweckdienlich die Klassenlage der deutschen Bourgeoisie kurz zu beleuchten, weil dadurch wertvolle Rückschlüsse auf die österreichische Situation gezogen werden können.

"Allgemein gesprochen besteht das Schicksal, die Tragödie, des deutschen Volkes darin, daß es in der modern-bürgerlichen Entwicklung zu spät gekommen ist."<sup>2</sup> Die Entwicklung der deutschen Gesellschaft ist dadurch gekennzeichnet, daß - im Gegensatz zu England und Frankreich keine einheitliche bürgerliche Klasse besteht. Es fehlen dazu zwei Voraussetzungen: ökonomische Stärke und geographische (sprich nationale) Einheit. "Die spontane Entwicklung des Kapitalismus erfolgte in Deutschland nicht in der Manufakturperiode, wie in England oder Frankreich, sondern im Zeitalter des wirklichen, modernen Kapitalismus."<sup>3</sup> Die Schwierigkeit für das deutsche Bürgertum und damit der ganzen deutschen Gesellschaft lag vor allem darin, daß nationale Einheit und die Befreiung vom Feudalsystem auf einmal erzielt werden sollten. Die Auseinandersetzungen mit diesem Dilemma bescherte Deutschland eine spezifische und äußerst folgenreiche Form von bürgerlicher Gesellschaft, getragen von einer sozialen Gruppe mit einem eigentümlich ambivalenten, zwischen ökonomischer Potenz und politischer Subalternität schwankenden Selbstverständnis. Das Ende des ersten Weltkrieges brachte das deutsche Bürgertum in eine doppelt prekäre Lage: Sie wurde ihres militärischen Schutzes beraubt und die staatliche Ordnung, die ihr die Existenz sicherte, war zerbrochen. Da aber auch die an die Macht gekommenen Sozialdemokraten aufgrund ihrer organisatorischen Schwächung in der Wilheminschen Ära (Sozialistengesetz 1878), ihrer Abhängigkeit vom bestehenden Beamten- und Militärapparat und ihrer Unfähigkeit die Monopolisierungstendenzen des Privatkapitalismus zu steuern, nicht imstande waren, eine Neuformierung der Nachkriegsgesellschaft durchzusetzen, institutionalisierte sich in der Weimarer Republik von Anfang an ein explosiver Antagonismus der Interessen und Gruppen - auch und gerade

in der bürgerlichen Klasse -, der notwendigerweise, verbunden mit den Kriegsfolgen, ökonomische und politische Krisen produzieren mußte.

Vergleiche dazu: Ansteigen des Wirtschaftspotentials 1840-1914:

	1840	1855	1870	1900	1914
(Steinkohlenförderung in Millionen Tonnen)					
Großbritannien	32	65	117	227	292
Frankreich	3	7	16	33	41
Österreich-Ungarn 0,5	2	7	119	120	
Rußland	0	0	9	18	29
Deutsches Reich	4	8	33	109	190
(Roheisenerzeugung in 1000 Tonnen)					
Großbritannien	1420	3000	6059	8700	10400
Frankreich	348	600	1178	2700	5200
Deutsches Reich	143	325	1391	7900	17600
Österreich-Ungarn	150	225	403	1000	2400
Rußland	0	250	300	2900	4200
(Eisenbahnen in km)					
Großbritannien	1348	18500	25000	35600	37650
Frankreich	497	5500	17931	36400	50250
Deutsches Reich	549	8289	19575	49900	62400
Österreich-Ungarn	144	2200	9589	20400	44000
Rußland	26	1000	11243	49000	61000

Zitiert nach Harms, Geschichte und Kultur-Atlas, Seite 76

Anteile Deutschlands an der Industrieproduktion in Millionen Pfund Sterling

	1800	1820	1840
Großbritannien	230	290	387
Frankreich	190	220	264
Deutsches Reich	60	85	150
Rußland	15	20	40

Zitiert nach dtv-Atlas zur Weltgeschichte, Band 2

Überblickmäßig läßt sich sagen, daß die Lage der österreichischen Bourgeoisie mit der deutschen insofern ähnlich ist, als sich auch der Kapitalismus in der Monarchie spät, sogar noch später als der deutsche, entwickelte, und als auch das österreichische Bürgertum vor die Aufgabe gestellt war, gleichzeitig den Feudalismus zu beseitigen und die nationale Einheit zu erreichen. Unterschiede sind folgende festzustellen:

1) Während die deutsche Bourgeoisie die geographische (nationale) Einheit wenigstens unter der Hegemonie des preußischen Feudalismus erreichen konnte, scheiterte der Versuch des österreichischen Bürgertums die nationale Einheit mit Hilfe des deutschen Bundes herzustellen und

dabei auch noch die Stellung gegenüber den anderen erwachenden nationalen Bourgeoisien zu stärken bei Königsgrätz (1866). Die Folgen manifestierten sich in immer größer werdenden Zugeständnissen an die nationalen Bourgeoisien der Monarchie (Ausgleich Österreich-Ungarn 1867, Zulassung der tschechischen Sprache als Amtssprache 1880, Gründung der tschechischen Universität in Prag 1882 usw.) und im Auftreten deutsch-völkischer Bewegungen (Schönerer, Vogelsang).

So erklärten die im Nationalverband zusammengeschlossenen deutschen Parteien der Monarchie in der "Osterbegehrrschrift" vom Frühjahr 1916 "daß ein lebenskräftiges starkes Österreich unter deutscher Führung der Siegespreis des Krieges sein müsse!"

2) blieb im fortgeschrittensten Teil der deutschen Bourgeoisie wenigstens der nur durch die aufkommende Arbeiterbewegung eingedämmte Wille vorhanden, den hemmenden Feudalismus zu beseitigen (Opposition der Fortschrittspartei und der Altkonservativen gegen die Politik Bismarcks), so mußte das österreichische Bürgertum auch diesen Willen verdrängen, da er objektiv ihren Interessen zuwiderlief (die Feudalschicht war der Kleister der k.u.k. Monarchie)<sup>4</sup>.

3) Der auch bis in die Jetztzeit nicht aufgeholte wirtschaftliche Rückstand gegenüber Westeuropa<sup>5</sup>.

Aus diesen drei Elementen entwickelte sich ein Selbstverständnis des Bürgertums, das, neben der auch bei der Besprechung Deutschlands konstatierten politischen Subalternität aus Konservatismus, Passivität und Resignation bestand und, wie ich behaupte, besteht. Das Jahr 1918 beraubte dann die österreichische Bourgeoisie ihrer ökonomischen Vormachtstellung innerhalb der k.u.k. Monarchie durch deren Auflösung (dadurch bedingt der Mythos, daß Österreich nicht lebensfähig sei). Verzweifelt versuchte sie (mit Unterstützung der Sozialdemokratie) diesen Verlust durch Anschluß an Deutschland einigermaßen zu kompensieren. Das Scheitern dieses Versuches verstärkte die resignativen, beharrenden Elemente des oben geschilderten Selbstverständnisses.

Nachdem es auch der österreichischen Sozialdemokratie nicht gelang die Gesellschaft neu zu formieren, weil sie die wirtschaftliche Macht des Bürgertums nicht brach, der Klassengegensatz sich aber verschärfte (unter anderem auch durch den Verbalradikalismus der Sozialdemokratie) und das Beharren auf dem damaligen status quo für das Bürgertum langsam unhaltbar wurde, wandelte sich das konservative Element des

Selbstverständnisses in ein objektiv reaktionäres (rückschrittliches). Dieses reaktionäre Element kam in der Ideologie des Austrofaschismus und dem damit verbundenen Regreß in der Verbundenheit des mittelalterlichen Ständestaates zum Vorschein.

## **DIE "K. UND K. SOZIALDEMOKRATIE":**

Die österreichische Sozialdemokratie entwickelte in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg unter der Führung des "Hofrates der Revolution"<sup>6</sup>, Viktor Adler, der nicht mehr als ein von Humanismus erfüllter Diagnostiker sozialer Mißstände war, die für sie symptomatische Trennung von Theorie und Praxis. Theoretisch huldigte die Parteimehrheit einem pathetischen "marxistischen"<sup>7</sup> Credo, in der Praxis und in dem Programmen konnten man Reformismus und Revisionismus feststellen. Nicht zu Unrecht spricht Norbert Leser in einer Studie über die Sozialdemokratie der Zwischenkriegszeit von einer "resolutionären" Partei.<sup>8</sup> Am deutlichsten wird diese Tatsache bei den programmatischen Erklärungen in der Nationalitätenfrage der Monarchie. Im Brünner Programm 1899 wurde die Umwandlung der k.u.k. Monarchie in einen Bundesstaat der Nationalitäten gefordert. "Das war ein künstliches und utopisches Programm, insofern es versuchte, in einer von sozialen Gegensätzen zerrissenen Gesellschaft, die Kultur vom Territorium und von der Wirtschaft zu trennen. Damit blieb die Sozialdemokratie auf dem Boden eines Staates stehen<sup>9</sup> der keine Kolonien in Übersee brauchte, weil der Kapitalismus der Monarchie seine imperialistischen Gelüste in Mitteleuropa und auf dem Balkan zu befriedigen imstande war. Die Führung der Sozialdemokratie war nicht bereit anzuerkennen, daß es sich bei den auch in Partei und Gewerkschaft immer wieder auftretenden nationalen Spannungen um soziale Emanzipationsbestrebungen handelt, die auf dem Boden der Monarchie nicht gelöst werden konnten.<sup>10</sup> Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß zwischen dem Brünner Programm und der nachfolgenden Erklärung des Theoretikers des Revisionismus, Eduard Bernsteins, über die Kolonialfrage kein gradueller Unterschied zu finden ist: "Wenn es aber nicht verwerflich ist, die Produkte tropischer Pflanzungen zu genießen, so kann es auch nicht verwerflich sein, solche Pflanzungen selbst zu bewirten. Nicht das Ob, sondern das Wie ist hier das Entscheidende. Es ist weder nötig, das Besetzung tropischer Länder durch Europäer den Eingeborenen Schaden an ihrem Lebensgenuß bringt, noch ist es selbst bisher durchgängig der Fall gewesen. Die höhere Kultur ist hier im äußersten Fall auch das höhere Recht. Nicht die Eroberung sondern die Bewirtung des Bodens gibt den geschichtlichen Rechtstitel auf seine Benützung".<sup>11</sup>

Einen der wichtigsten Impulse für das Hineinwachsen der Sozialdemokratie in die Monarchie gab die Fixierung auf das allgemeine Wahlrecht. Die Sozialdemokratie verfiel in den Irrglauben, daß wir "heute mit Stimmzetteln, Demonstrationen und ähnlichen Pressionsmitteln Reformen (sic! Anm.d.Verf.) durchsetzen, für die es vor hundert Jahren blutige Revolutionen bedurfte"<sup>12</sup>. Begünstigt wurde dieser Prozeß durch die Tradition des Josephinismus in Österreich. Damit setzte sich eine Entwicklung der Integration der Sozialdemokratie und damit des bewußten Teils der Arbeiterschaft in den Staat und in den Kapitalismus fort, die in der Ersten Republik seinen prägnantesten Ausdruck in den Ideen Karl Renners fand und in der Zweiten Republik voll abgeschlossen wurde.<sup>13</sup>

Ein weiteres Merkmal der Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg war die gutentwickelte repressive Toleranz innerhalb der Partei: Die Spannweite der möglichen (theoretischen!) Meinungen, die innerhalb der Partei vertreten werden konnten, war sehr groß. Revolutionäre Theorien wurden von der Parteiführung als notwendige Ergänzung ihrer reformistischen Praxis empfunden, d.h. als ein verbales Damoklesschwert für das Bürgertum, damit reformistische Forderungen auch leichter zugestanden werden. Daher ist es durchaus kein Widerspruch, daß sich Viktor Adler offen gegen die revisionistischen Theorien Bernsteins aussprach.<sup>14</sup> Karl Kraus bemerkte dazu einmal richtigerweise: "Die Sozialdemokratie ist eine staatlich konzessionierte Agentur zum Ausleben revolutionärer Instinkte. In diesem Zusammenhang ist es auch bedeutend, daß sich innerhalb der Sozialdemokratie ein Parteikirchendenken entwickelte, das bis in die Jetztzeit fortwirkt. Die auf dem Parteitag von Hainfeld erreichte Einigkeit wurde von der überwiegenden Mehrheit der Parteimitglieder als ein Wert verinnerlicht, der über allen etwaigen Kontroversen um politische Fragen unbedingt erhalten bleiben muß.

Zusammenfassend läßt sich sagen: Wenn man an die österreichische Sozialdemokratie jenen Maßstab anlegt, den Marx in seiner Kritik des Gothaer Programms festgelegt hat, muß man zur Erkenntnis gelangen, daß sie von ihren Anfängen (Arbeiterbildungsvereine) an nie eine revolutionäre Partei im Marxschen Sinn war. Die mit der Sozialdemokratie eng verquicte Gewerkschaftsbewegung war nach Marxschen Kriterien sogar immer konservativ. Denn Marx sagt in "Lohn, Preis, Profit": "Statt der konservativen Losung 'Einen gerechten Arbeitslohn für einen gerechten Arbeitstag!' sollte sie (die Arbeiterklasse, Anm.d.Verf.) auf ihre Fahne die revolutionäre Parole schreiben: 'Abschaffung des Lohnsystems!'" Was Marx im allgemeinen über die Gewerkschaftsbewegung schrieb traf auf die Gewerkschaftsbewegung vor dem Ersten Weltkrieg und auch auf die

späterer Zeiten bis in die Gegenwart vollinhaltlich zu: "Sie verfehlen im allgemeinen ihren Zweck, weil sie sich auf einen Guerillakrieg gegen die Wirkung des bestehenden Systems beschränken, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern und ihre organisierten Kräfte als einen Hebel für die endgültige Befreiung der Arbeiterklasse, d.h. die endgültige Abschaffung des Lohnsystems, zu gebrauchen." <sup>15</sup>

### **Zusammenfassung:**

Die bestimmende, dialektisch miteinander verquickten Elemente der k.u.k. Sozialdemokratie sind:

- 1) Der Einfluß sozialliberaler Intellektueller (vor allem Viktor Adlers) und der Theorie Lasalles auf die Partei.
- 2) Die Trennung von Theorie und Praxis in der Form, daß revolutionäre Theorien nicht verwirklicht, wohl aber zur Durchsetzung reformistischer Forderungen verwendet werden.
- 3) Die Vorstellung, daß der Sozialismus auf "friedlichem Weg" mittels Reformen durchgesetzt werden kann, wenn nur einmal der Staat parlamentarisch-demokratisch organisiert ist und die Sozialdemokratie die Regierung stellt.
- 4) Fortwirkende Einflüsse des Josephinismus
- 5) Die Integration in das Staatsgebilde der Monarchie, stellvertretend für die Integration in die bürgerliche Gesellschaft überhaupt.
- 6) Die Integrationsfähigkeit der Partei (verinnerlichtes Einigkeitsideal, repressive Toleranz).

### **Arbeiter- und Soldatenräte in Österreich von 1918 bis 1923:**

Der Beginn des Ersten Weltkrieges zeigte, was vom "marxistischen" Credo der Sozialdemokratie zu halten war: Der "Sozialpatriot"<sup>16</sup> Renner veröffentlichte die Schriften "Österreichs Erneuerung", "Marxismus, Krieg und Internationale" und "Die Volksernährung im Krieg", in denen er wiederholt behauptete, daß Österreichs Selbstbehauptung das Ziel des Kampfes sei. Friedrich Austerlitz schrieb in der Arbeiterzeitung zum "Tag der deutschen Nation" einen Artikel mit dem Resümee: Die österreichische Arbeiterschaft bekennt sich zur k.u.k. Monarchie und zum Kriegseintritt. Auf der

Reichskonferenz der SDAP versuchte der Parteivorstand sogar eine Resolution durchzubringen, in der davon die Rede war, daß die auswärtige Krise alle Völker Österreich-Ungarn in den Zustand der Notwehr versetzt habe. Die praktischen Auswirkungen dieser theoretischen Äußerungen waren folgende: "Aufgrund eines Gesetzes vom Dezember 1912 wurden viele Arbeiter und Angestellte zur Kriegsdienstleistung einberufen wodurch ein neuartiges Arbeitsverhältnis geschaffen wurde. Es war möglich, daß jemand persönlich einberufen wurde, es konnte aber auch die Belegschaft eines ganzen Betriebes dem Kriegsdienstleistungsgesetz unterstellt werden. Die Bedingungen des Arbeitsverhältnisses wurden nicht durch Übereinkommen, sondern durch das Gesetz geregelt. Die einberufenen Personen unterstanden der militärischen Disziplin und Strafgewalt. Es gab keine begrenzte Arbeitszeit, keine bezahlten Überstunden, keine Lösung des Arbeitsverhältnisses außer durch Entlassung, es gab auch keine Vereinbarung über die Höhe des Lohnes. Der Lohn wurde durch Verordnung festgesetzt. Er bestand aus einem täglichen Geldlohn und dem Ersatz allfälliger Reiseausgaben. Wenn Verpflegung gewährt wurde, wurde aufgrund einer Verordnung der für die Verpflegung festgesetzte Geldbetrag eingezogen. Über die Anforderungen die an die Arbeitskräfte gestellt werden konnten, entschied das Militärkommando.

Bei der Unterstellung eines ganzen Betriebes unter das Kriegsdienstleistungsgesetz blieb die Höhe des Lohnes die gleiche wie früher. Mehrdienstleistungen wie bei Einzelunterstellung, Bestimmungen über die Arbeitszeit, Arbeitspausen, Sonntagsruhe usw. waren außer Kraft gesetzt. Eine kaiserliche Verordnung vom Juli 1917 schuf den Begriff der staatlich geschützten Betriebe. Für die Arbeiter und Angestellten dieser Unternehmungen, für öffentliche Beamte, Bedienstete der Eisenbahnen und der Schifffahrtsunternehmungen wurde das Koalitionsrecht vollständig aufgehoben." <sup>17</sup>

Aber die Sozialdemokratie blieb zunächst unbeirrbar. Wäre Österreich nicht autoritär auf dem Verordnungsweg regiert worden, die österreichische Sozialdemokratie und damit die organisierte Arbeiterklasse wäre der deutschen gefolgt und hätte den Kriegskrediten zugestimmt. Denn: "Alle zu Beginn des Krieges im Zuge befindlichen Lohnbewegungen wurden (von der Gewerkschaft, Anm. d. Verf.) eingestellt; die Einleitung neuer Lohnbewegungen - für deren Verlauf die Sachlage in manchen Branchen zu gewissen Zeiten durchaus nicht ungünstiger war, als dies etwa mit der Rücksicht auf den Kriegszustand hätte angenommen werden können - wurden von der Gewerkschaft abgelehnt, und auch sonst wurde von der Arbeiterschaft nichts unternommen, was geeignet gewesen wäre, die

gewünschte Ruhe auf dem sozialen Gebiet (sic! Anm.d.Verf.) zu stören. Ende des Jahres 1914 konstatierte der Jahresbericht der Wiener Polizeidirektion, daß die Haltung der Gewerkschaften eine durchaus loyale sei und sie sich eifrig an den Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit betätigten.<sup>18</sup> "Der rote Lack war abgesprungen!"<sup>19</sup>

Schon im Jahre 1914 machten sich allerdings eine Reaktion auf die Politik der Sozialdemokratie bemerkbar. "Das erste Kriegsjahr brachte der Gewerkschaftsbewegung, obwohl es nur fünf Monate umfaßte, den größten Mitgliederverlust, der nicht bloß auf die allgemeine Mobilisierung, sondern auch auf eine schwere Erschütterung des Geistes der Bewegung und das Vertrauen zu dieser zurückzuführen war."<sup>20</sup>

Zusammenhängen mit den Kriegseignissen (den dauernden militärischen Mißerfolgen) verschärfte sich die Lage der Arbeiterklasse zusehends. Das Angebot an Nahrungsmitteln verringerte sich immer mehr, der Schwarzmarkt blühte. Die von der Regierung im Rahmen des Kriegsdienstleistungsgesetzes zugestandenen Teuerungszulagen hielten mit der Inflation nicht stand. Die Wiederverwendung von Kriegsinvaliden war bis zum Jahr 1917 nicht geregelt.

Die Gewerkschaften versuchten vergeblich - weil mit untauglichen Mitteln - die ärgsten durch das Kriegsdienstleistungsgesetz entstandenen Mißstände zu regeln: Zunächst mit Hilfe von Beschwerdestellen, die allerdings nur vermittelnde Tätigkeit ohne Rechtsfolgen entfalteten; Dann mit Beschwerdekommisionen, deren Entscheidungen rechtsverbindlich, unanfechtbar und vollstreckbar waren. Wobei sich allerdings "die Hoffnungen, die in die Lohn- und Beschwerdekommisionen gesetzt wurden, nur in geringem Maße erfüllten. Der Einfluß der Unternehmer auf die Verwaltung und Gesetzgebung entwertete diese Institution immer mehr, und die Gewerkschaftskommisionen und die Gewerkschaften mußten sich unablässig bemühen, die Arbeiter vor der ärgsten Ausbeutung zu schützen".<sup>21</sup>

Innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie formierte sich um den Sohn des Parteivorsitzenden, Dr.Friedrich Adler, eine "Linke", zu der nach der Rückkehr aus der russischen Gefangenschaft auch Dr.Bauer stieß. Sie stellten die Forderung auf, nicht Österreich, sondern die Sozialistische Internationale zu erneuern. Am 12. November 1916 versuchte Dr. Friedrich Adler den Parteivorstand durch die Ermordung des Ministerpräsidenten, Graf Stürgkh, zum Umdenken zu zwingen. Obwohl diese Tat Adler zum Idol der von der Parteiführung entfremdeten

Arbeitermassen machte, war sie dennoch ein Symptom für die Schwäche der Linken in Österreich.

Eine weitere kleine Gruppe, die gegen die Parteiführung opponierte, bildete sich um Max Adler (die Vereinigung "Karl Marx" wurde im Laufe des Krieges aufgelöst).

Die Führung der reformistischen Mehrheit der SDAP sah dieser Entwicklung innerhalb der Partei nicht untätig zu, vor allem, weil sie das Beispiel der Abspaltung der USPD von der SPD in Deutschland vor Augen hatte. Sie machte Konzessionen an den linken Flügel der Partei um die Spaltung zu verhindern. Dabei kam ihr das bereits vor dem Ersten Weltkrieg entstandene verinnerlichte Einigkeitsideal zu Hilfe.

Die katastrophale Lebensmittelknappheit und die enorme Teuerung führte im Mai 1917 zu Ausständen in der Wiener Metallindustrie. Die Arbeiterschaft erreichte durch die Streiks eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Einschränkung der Überstundenleistungen. Das Bestreben diese ärgsten Mißstände zu beseitigen war nicht der alleinige Grund des Ausstandes. Denn "schon bei dieser ersten großen Bewegung mußten sich die Gewerkschaften gegen Strömungen wenden, die versuchten, diesen Aktionen eine politische Note zu geben".<sup>22</sup>

Die Unruhe unter der Arbeiterschaft hatte Rückwirkungen auf die SDAP. Es kam in der Partei zu Gruppierungen die sich nicht am Gängelband führen ließen. Um den Neffen des sozialdemokratischen Politikers Rudolf Hilferding, Franz Koritschoner, bildete sich eine "Freie Vereinigung Sozialistischer Studenten". Koritschoner, der auf der Kienthaler Konferenz der Sozialistischen Internationale im April 1916 Verbindung mit Karl Radek und Lenin aufgenommen hatte, sammelte in einem Wald bei Sankt Ägyd im Juli 1917 eine Reihe von Vertrauensleuten aus Partei und Gewerkschaft um sich. Diesem Kreis gelang es vor allem mit der Belegschaft des Arsenal von Ternitz Beziehungen anzuknüpfen.

Der aus Rußland zurückgekehrte Dr. Otto Bauer legte dem Parteitag der SDAP im Oktober 1917 eine programmatische Erklärung über die Nationalitätenfrage zur Beschlußfassung vor. In der Entschließung entwarf er ein Nationalitätenprogramm, das den föderativen Zusammenschluß autonomer und gleichberechtigter Nationen fallen ließ. Sein Programm setzte die Auslösung der Monarchie voraus. Die Monarchie sollte in Sprachgebiete zerlegt werden, in jedem wäre eine konstituierende Nationalversammlung zu wählen, die die Verfassung und die

Verwaltungsorganisation festsetzen sollte. Durch Verträge sollten die Nationen bestimmen, welche Angelegenheiten gemeinsam bleiben sollten.<sup>23</sup> Aber der Parteitag folgte diesem Antrag nicht. Er nahm vielmehr einen Antrag Karl Renners an, in dem in Anlehnung an das Brünner Programm noch immer von Umwandlung Österreichs in einen Bundesstaat der Nationalitäten die Rede war. In allen anderen Fragen gab die Mehrheit des Parteitages den 'Linken' allerdings nach, weil die Arbeiter in den Fabriken alle einer Meinung mit den Auffassungen der Linken waren<sup>24</sup>. Aber: "Indem sich in den angenommenen Resolutionen die Parteiführung bei den wichtigsten Fragen (Stellung zum Krieg, Anm.d.Verf.) der Linken anpaßte, die Vorschläge der Linken sich andererseits wohl graduell, nicht aber prinzipiell, von denen des Parteivorstandes unterschieden, traf sich die Sozialdemokratie wieder in der Mitte, wurde wieder 'gutes Zentrum', wurde die Einheit erhalten. Die Linke hat am Parteitag 1917 gesiegt und auch wieder nicht gesiegt. Es wurde ein gangbarer Kompromiß geschlossen, bei dem Männer wie Otto Bauer und - nach seiner Freilassung - Friedrich Adler als Beweis für den revolutionären Charakter der Partei figurierten, da sie zugleich eine unentbehrliche Stütze für die Erhaltung des Masseneinflusses der Sozialdemokratie waren. So kann man von einer 'Linken' nach dem Oktober 1917 eigentlich nicht mehr sprechen"<sup>25</sup>.

Die Initialzündung für das Entstehen der Arbeiter- und Soldatenräte in Österreich war das Exempel der russischen Revolution im November 1917. Bereits am 12. Dezember 1917 tagte im Gasthaus zum Grünen Kranz in Linz eine illegale Konferenz, in der die Betriebsvertretungen des Linzer Gebietes koordiniert wurden.

Als die Gefahr bestand, daß die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk an den unannehmbaren Bedingungen der Mittelmächte scheitern, erhob sich die österreichische Arbeiterschaft am 18. Jänner 1918. Unmittelbarer Anlaß war die Kürzung der Mehlrationen. Was Max Adler am Parteitag der SDAP 1927 über die Demonstranten am 15. Juli 1927 sagte (Justizpalastbrand) traf auf diesen Tag vollinhaltlich zu: "Die Ehre des Proletariats war an diesem Tag dem Proletariat selbst überlassen"<sup>26</sup>. Das Proletariat zwang der Parteiführung das Gesetz des Handelns auf. "Am Montag, dem 18. Jänner 1918, stellten die Arbeiter der Daimler werke in Wiener Neustadt die Arbeit ein. Der Betrieb stand unter dem Kriegsdienstleistungsgesetz, die Arbeiter standen unter militärischer Disziplinargewalt.

Die Nachricht vom Streik breitete sich wie ein Lauffeuer aus und die großen und für die Rüstung wichtigen Industriebetriebe in Ternitz, Wimpassing und Neunkirchen folgten. Am Mittwoch legten die Arbeiter der FIAT-Werke in Wien-Floridsdorf und am Wiener Arsenal, eines Militärbetriebes zur Versorgung der Armee, die Arbeit nieder. Obwohl die Zeitungen vier Tage lang den Streik totschweigen mußten, nahm die Streikbewegung immer mehr an Umfang zu, Sie erfaßte die Streikbewegung immer mehr an Umfang zu. Sie erfaßte die Steiermark, Oberösterreich, Böhmen und Ungarn. Der Riesenkampf dauerte 9 Tage und die Monarchie erzitterte in ihren Grundfesten. In vielen Städten namentlich in Wien kam es zu großen Straßenkundgebungen. Auch die Forderung nach der Einführung der Sowjetverfassung wurde erhoben.<sup>127</sup>

Dieser Kampf des österreichischen Proletariats war der Anlaß für ähnlich gelagerte Aktionen im Deutschen Reich: "Soeben hat das österreichisch-ungarische Proletariat ein mächtiges Wort gesprochen. Fünf Tage lang ruhte die Arbeit in allen Betrieben in Wien, Budapest, usw. im ganzen Reiche. In Wien haben die Arbeiter den Straßenbahnverkehr eingestellt, auch der Eisenbahnverkehr wurde zum Teil lahmgelegt, es erschien keine einzige Zeitung. In vielen Orten kam es zu einer offenen Erhebung der Bevölkerung und zum Kampf mit der Regierungsmacht. In Prag und Budapest wurde die Republik proklamiert. In Wien hielten die Arbeiter die Brücken besetzt, um das Eindringen der Polizei in die Arbeiterviertel zu verhindern...Die Hilfe der deutschen Arbeiter, unser Massenstreik, wird die Flamme der Revolution in der Doppelmonarchie zu einem neuen mächtigen Brand entfachen!

Arbeiterinnen und Arbeiter! Was unsere österreichisch-ungarischen Brüder angefangen haben, das müssen wir vollenden! Die Entscheidung der Friedensfrage liegt beim deutschen Proletariat.<sup>128</sup>

Im Jännerstreik tauchte dann auch im Gebiet von Wr.Neustadt ein anonymes Flugblatt - vermutlich von der Gruppe um Koritschoner herausgegeben - auf, in dem neben den Forderungen, daß die Vertreter Österreich-Ungarns bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk direkt vom Volk gewählt werden sollten, daß alle politischen Gefangenen sofort freigelassen werden müssen und daß alle Beschränkungen der gewerkschaftlichen und politischen Tätigkeit aufgehoben werden sollen, heftig gegen die sozialdemokratische Führung polemisiert wurde. "Mißtraut jenen patriotischen 'Arbeiterführern', die Euch seit den ersten Tagen des Krieges verraten haben und Euch jetzt Eure Streikgelder vorenthalten. Hört nicht auf Ihre Beschwichtigungsreden, sondern bleibt fest im Streit um unser Ziel.

Habt Ihr und Eure Arbeiterbrüder im Schützengraben Euer Leben für Eure Unterdrücker gewagt, dann fürchtet auch jetzt nicht die Säbel der Polizei und ihre Maschinengewehre! Wählt Arbeiterräte wie in Rußland." <sup>29</sup>

Die Führung der SDAP, die zunächst vom Jännerstreik überrascht wurde, begriff die Situation schnell, indem sie versuchte der Streikbewegung ihre Spitze zu nehmen und sie unter Kontrolle zu bringen. Die SDAP beschloß: "Es ist ein Arbeiterrat für Wien zusammenzustellen, der aus den Exekutiven der Bezirke, der Gewerkschaftskommission, des Parteivorstandes der SDAP, der Frauenreichskommission und dem Wiener Ausschuß bestehen soll." <sup>30</sup>

Auf dem niederösterreichischen Parteitag der SDAP im Februar 1918 wurde die Institution der Arbeiterräte bereits in das Statut aufgenommen und zwar unter genauer Kompetenzeinteilung und nach politischen Bezirken eingeteilt. Dadurch wurden die Arbeiterräte endgültig in die traditionellen Parteiinstanzen integriert. Im Statut hieß es nämlich: "Arbeiterrat kann nur der sein, der der gewerkschaftlichen und politischen Organisation der Arbeiterbewegung angehört und außerdem Abonnent der Arbeiterzeitung ist." <sup>31</sup>

Damit bracht die Führung der SDAP vorerst die Arbeiterschaft unter Kontrolle, eine Regelung, die ganz im Sinne der Gruppe um Karl Renner war, der bereits im Juni 1917 vorschlug "einen Arbeiterrat zu schaffen, der über die Forderung des Tages zu entscheiden habe, im Gegensatz zu den Gewerkschaften, deren Tätigkeit auf die dauernde Politik gerichtet sein muß." <sup>32</sup>Die Regierung verhandelte mit dem Parteivorstand der SDAP. In den Verhandlungen konnte erreicht werden:

- 1) Zusicherung eines Friedens mit Rußland.
- 2) Regelung der Ernährungsfrage (ein Versprechen, das die Regierung gar nicht einhalten konnte).
- 3) Demokratisierung des Gemeindewahlrechts.
- 4) Aufhebung der Militarisierung der Betriebe im Gesetzeswege.

Unbefriedigt blieb die Forderung nach Freilassung aller politischen Gefangenen, insbesondere Dr. Friedrich Adlers, und nach Frieden. Der Wiener Arbeiterrat und der Parteivorstand der SDAP empfand aus Furcht vor einer Intervention deutscher Truppen bei Fortsetzung des Streites in der Monarchie (eine Furcht, die unter der gegebenen militärischen Situation völlig unbegründet war) den Streik abzubrechen. Die Gewerkschaften schalteten sich ein, "um die Bewegung in geregelte Bahnen zu lenken" <sup>33</sup>.

Am 23. Jänner 1918 erließen die Gewerkschaftskommission und die Vorstandskonferenz einen Aufruf, in dem die zu diesem Zeitpunkt noch Streikenden in eindringlichen Worten gemahnt wurden, die Arbeit aufzunehmen, um nicht die erzielten Erfolge aufs Spiel zu setzen!"<sup>34</sup>

Trotzdem flammte der Streik bis in den Februar 1918 immer wieder auf. Und die Gewerkschaften beeilten sich festzustellen, daß es nicht "die alterprobte, organisierte, in zahllosen gewerkschaftlichen und politischen Kämpfen erprobte Arbeiterschaft Wiens und Niederösterreichs war, die am Abschluß der Bewegung einige Zerfahrenheit verursacht hatte; daran waren jene Elemente schuld, die teils während des Krieges in die Fabriken gekommen waren und keine Erfahrung in gewerkschaftlichen Aktionen hatte, teils aber jüngere Leute, die sich von einem gefährlichen Radikalismus mitreißen ließen."<sup>35</sup> Die Gewerkschaften hielten es aber auch für nötig "diesmal auf das dunkle Treiben von Elementen hinzuweisen, die bar jeden proletarischen Empfindens und in offener Gegnerschaft zu der altbewährten Methode des organisierten Klassenkampfes auch diese Bewegungen wieder dazu benützen wollten, diese Methode in Mißkredit zu bringen und an ihrer Stelle solche zu setzen, die von jeher nicht als fruchtbringend, sondern als verderbenbringend erkannt wurden."<sup>36</sup>

Trotz dieser Bemühungen der Gewerkschaften kam es im Jahre 1918 immer wieder zu Streiks. Ursachen dafür waren der Wunsch der Arbeiterschaft nach Frieden und die immer gleich katastrophale Ernährungslage. "Aufgrund ihrer Erhebungen stellten die Gewerkschaften im Frühjahr 1918 fest, daß die Löhne während des Krieges im günstigsten Fall auf das Doppelte gestiegen waren, während die amtlichen Höchstpreise für Fleisch, Fett, Milch und Eier Steigerungen von 300 bis 1000 % aufwiesen. Ein Kilogramm Rindfleisch, das 1913 1,60 bis 2,20 Kronen gekostet hatte, kostete 1918 nach amtlichen Richtpreis von 7,20 bis 16 Kronen. Schafffleisch stieg von 1 Krone auf 19 Kronen, der Preis eines Eies stieg von 7 Heller auf 51 Heller. Der Stundenlohn eines im Akkord arbeitenden Drehers, der 1913 80 Heller bis 1,52 Kronen betrug, erreichte im Frühjahr 1918 mit Einrechnung sämtlicher Zulagen 2,28 bis 2,93 Kronen. Noch ungünstiger war die Lohnentwicklung für jene Arbeiter, die nicht in der Kriegsindustrie beschäftigt waren. Der Lohn erhöhte sich zumeist nur um 60 bis 80 % gegenüber 1914. Die Zuteilung der rayonierten Lebensmittel zum amtlichen Preis war gering, und auch im Arbeiterhaushalt war man gezwungen, ab und zu im Schleichhandel zu weit höheren Preisen einzukaufen, um überhaupt existieren zu können...Im Gegensatz zur Not des Volkes standen die steigenden Gewinne der Industrie und der Landwirtschaft...Die zehn Wiener Großbanken wiesen

bei aller Vorsicht der Bilanzierung an Reingewinn im Jahre 1915 - 110 Millionen, 1916 - 132 Millionen und 1917 - 163 Millionen Kronen aus.<sup>137</sup>

Die meisten dieser Streiks blieben erfolglos, da sie von der Gewerkschaft nicht unterstützt wurden und sich außerdem die Österreichische Unternehmerschaft im Gefolge des Jännerstreiks eng zusammengeschlossen hatte: der Industriellenklub, der Bund der Industriellen und der Zentralrat der Industriellen Österreichs hatten sich zum Reichsverband der Österreichischen Industrie vereinigt.

Die Unruhe unter der österreichischen Arbeiterschaft griff auch auf die k.u.k. Armee über. Slowenische Truppen meuterten in der Steiermark, ungarische in Budapest, kroatische Truppen in verschiedenen Garnisonsstädten Ungarns und im Februar 1918 meuterten im süddalmatischen Hafen Cattaro (Kotor) die Matrosen. Der Matrosenrat der 40 meuternden Kriegsschiffe - ein Vorläufer der späteren Soldatenräte - forderte Friedensverhandlungen aufgrund des 14-Punkte-Programms des amerikanischen Präsidenten Wilson. Die Aufstände wurden alle niedergeschlagen. Verzweifelt versuchte man vom k.u.k. Kriegsministerium, wo man klar erkannt hat, daß mit dem Niederschlagen der Aufstände die Situation nicht als bereinigt angesehen werden konnte, den Zerfall der Armee aufzuhalten. Zu diesem Zweck wurde für die Arbeitnehmer und Arbeitgeber je ein Offizier nach Wien abkommandiert, um über kriegswirtschaftliche Gutachten zu beraten und mit den Gewerkschaften zu verhandeln. Für die Arbeitnehmer fiel die Wahl auf Dr. Julius Deutsch, der in der Folge vom k.u.k. Kriegsministerium aus offenbar mit Kenntnis seiner Vorgesetzten ein Netz sozialistischer Vertrauensleute in der Wiener Garnison aufbaute.

Aber die Auflösung der Armee, die endgültige militärische Niederlage und damit der Zerfall der österreichisch ungarischen Monarchie waren nicht mehr aufzuhalten. Die Truppen strömten von den Fronten zurück und wählten, um den Rückzug halbwegs zu organisieren, Soldatenräte. Am 30. Oktober 1918 bildete sich ein Provisorischer Soldatenrat der Garnison Wien, der nach den am 3. November durchgeführten Wahlen legitimiert wurde. Vorsitzender des Vollzugsausschusses der Soldatenräte wurde Dr. Frey, der auch Chef des Volkssturmbataillons 41 ("Rote Garde") in der Wiener Stiftskaserne war.

Diese Soldatenräte, die Arbeiterräte und in den ländlichen Gebieten Bauern- und Bürgerräte übernahmen die Aufgaben der zusammenbrechenden staatlichen Verwaltung, vor allem die Lebensmittelversorgung.

Am 3. November 1918 erfolgte in Wien die Gründung der Kommunistischen Partei Österreichs auf Initiative von Elfriede Friedländer (besser bekannt unter dem Schriftstellernamen Ruth Fischer) die im März 1919 bereits ca. 10.000 Mitglieder hatte. Wortführer der neugegründeten KPÖ wurden Paul und Elfriede Friedländer, Karl Roman und der schon einmal erwähnte Koritschoner. In der Partei engagierten sich außerdem prominente Literaten wie Franz Werfel, Albin Paris Gütersloh und der rasende Reporter Erwin Kisch.

Ebenfalls Anfang November 1918 versuchte die "Rote Garde" Kaiser Karl im Schloß Schönbrunn gefangenzunehmen. Es gelang dem, inzwischen zum Unterstaatssekretär für Heereswesen avancierten Dr. Deutsch das Bataillon zu veranlassen, nicht nach Schönbrunn sondern zum (nur noch in Restbeständen vorhandenen) k.u.k. Militärkommando zu marschieren. Deutsch tat später "die ganze Angelegenheit mit dem Scherz ab, die Rote Garde habe Abwechslung und Leben in die Revolution gebracht."

Am 6. November 1918 wurde Friedrich Adler durch einen Gnadenakt des Kaisers aus dem Gefängnis entlassen. Als der spätere Bürgermeister von Wien, Karl Seitz, am 12. November 1918 im Auftrag der Provisorischen Nationalversammlung den ersten Satz der vorläufigen Verfassung vor dem Parlament verlas ("Österreich ist eine demokratische Republik") stürzten sich Angehörige der Roten Garden auf den Fahnenmast, rissen die Fahne herunter, trennten die weißen Streifen ab und hißten die roten Streifen. Die Nationalräte und Staatsratsmitglieder brachen die Proklamation ab, Julius Deutsch versuchte vergeblich zu vermitteln. Die Rote Garde eröffnete das Feuer auf das Parlamentsgebäude worauf die Polizei eingriff.

Nach kurzem Feuerwechsel - bei dem es tote und Verwundete gab - zogen sich die Soldaten der Roten Garde zurück. Erwin Kisch hatte in der Zwischenzeit mit einer anderen Gruppe der Roten Garde die Redaktion der "Neuen Freien Presse" besetzt, um eine revolutionäre Sondernummer der Zeitung herauszugeben. Als er vom Mißerfolg der Aktion beim Parlament hörte, rückte Kisch mit seinen Leuten aus der Redaktion ab.

Von dieser eben ausgerufenen Ersten Republik konnte man allerdings kaum als Staat sprechen; Die Größe des Staatsgebietes war noch nicht bekannt, da sich in den Bundesländern Landesregierungen unabhängig vom Staatsrat in Wien bildeten, die erst im Laufe der Zeit Anschlußklärungen an die Republik Deutsch-Österreich abgaben, wobei in Vorarlberg stark Tendenzen zum Anschluß an die Schweiz (es wurde darüber sogar eine Volksabstimmung abgehalten, die für den Anschluß aus-

ging) und in Tirol Tendenzen zum Anschluß an Deutschland vorhanden waren (der Anschlußgedanken in Tirol wurde erst nach Etablierung der Münchner Räterepublik aufgegeben). Die Grenzen der Republik gegen Norden (Tschechoslowakei), gegen Osten (Ungarn) und gegen Süd-Osten (Jugoslawien) waren unklar.

Die Ernährungslage hatte sich nach dem Zusammenbruch der Doppelmonarchie nicht gebessert sondern eher verschlechtert. Die Friedensverhandlungen mit der Entente standen bevor. Vom Linzer Arbeiterrat gingen im Februar 1919 Bestrebungen aus, eine Reichskonferenz der Arbeiterräte einzuberufen. Linzer führten am 19. Februar 1919 eine Art Vorkonferenz durch. Diese beantragte beim Parteivorstand der SDAP die Einberufung einer Reichskonferenz (die Räte waren ja eine Institution der Partei).

Aber bereits am 16. Februar 1919 waren Wahlen zum Nationalrat abgehalten worden<sup>39</sup> und die Sozialdemokraten hatten mit den Christlichsozialen eine Koalition gebildet, d.h. die Entscheidung über Staatsform und Staatsgewalt war gefallen. Die Sozialdemokraten hatten das Modell einer Räteregierung ad acta gelegt, bevor überhaupt die Reichskonferenz einberufen wurde.

Der Fragekomplex "Räteregierung" wurde hauptsächlich von der KPÖ aufgerollt, die jedoch in den Arbeiterräten zunächst nicht vertreten war. So wurde etwa in "einer Arbeitslosenversammlung am 24. Jänner 1919 gegen das Weiterbestehen, des von der Parteileitung der Sozialdemokratie eingesetzten Arbeiterrates von Wien protestiert."<sup>40</sup>

Der Parteivorstand der SDAP begriff auch diesmal - wie beim Jännerstreik 1918 - die Situation schnell. Er erkannte, daß durch die Nichtvertretung der KPÖ in den Arbeiterräten die Polarisierung sich verstärken, die KPÖ u.U. an Einfluß gewinnen würde und daß der Arbeiterrat überhaupt seine Bedeutung als Manipulationsinstrument der SDAP verlieren könnte. Er gab daher dem Ansuchen um Einberufung einer Reichskonferenz statt. Das Statut wurde geändert; wählbar wurden nunmehr: "...alle manuellen und geistigen Arbeiter beiderlei Geschlechts, die in der Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise das Ziel und im Klassenkampf das Mittel der Emanzipation des arbeitenden Volkes erkennen, ihrer Berufsorganisation angehörte, und das zwanzigste Lebensjahr überschritten haben."<sup>41</sup> Neuwahlen auf allen Ebenen wurden beschlossen.

Friedrich Adler bemerkte zur Statutenänderung fünf Jahre später: " Wir haben es niemals bedauert, daß wir diesen Schritt gemacht haben." <sup>42</sup>

Auf dieser Reichskonferenz distanzierte sich die Führung der SDAP eindeutig von der Rätebewegung als politischem Organ. Friedrich Adler stellte in seinem Referat fest, daß "es in Österreich nicht darum gehe eine Räteregierung zu schaffen, also nicht darum die Arbeiterräte zu einem politisch tragenden Element der Arbeiterbewegung zu machen, sondern ganz einfach um die Vertretung der Arbeiter und ihrer Organisationen." <sup>43</sup>

Diesen Standpunkt der "linken" Mehrheit der Sozialdemokratie (der Gruppierung um Otto Bauer, Friedrich Adler, usw.) begründete und präzierte Julius Braunthal (der Adjutant von Julius Deutsch) in seiner Broschüre "Rätediktatur oder Demokratie"<sup>44</sup>: Die Sozialdemokratie sei zwar nicht prinzipiell gegen das Rätesystem als politisch tragendes Element der Arbeiterbewegung, aber unter den gegebenen Umständen (Unmöglichkeit mit den Bauern ein Arrangement zu treffen, Gefahr eines Eingreifens der Entente. Gefahr eines Bürgerkrieges, dessen Ausgang ungewiß ist) müssen die Räte als Träger der Staatsgewalt abgelehnt werden. Diese Rechtfertigung ist widersprüchlich. Denn in der später erschienenen Broschüre "Die Arbeiterräte in Deutsch-Österreich" schrieb Braunthal: "Die materielle Gewalt der herrschenden Klasse wurde in den revolutionären Ländern zerbrochen. Sie ist zwar nicht an dem revolutionären Willen der Massen, sondern im Anprall an die Riesenheere der Entente geborsten. Sie besteht - zumindest in Deutsch-Österreich - nicht mehr." <sup>45</sup>

Nachdem sich der starke "linke" Flügel der SDAP von dem Rätegedanken distanziert hatte, wurden in seinen Reihen weitreichende reformistische Sozialisierungskonzepte entwickelt. Otto Bauer schlug vor,<sup>46</sup> die Unternehmen eines Industriezweiges zwangsweise in Industrieverbände zusammenzuschließen. Ihre Leitung sollten Verwaltungsräte übernehmen, an denen zu gleichen Teilen alle Gesellschaftskreise beteiligt sind, deren Bedürfnisse der organisierte Industriezweig zu dienen hat. In der ersten Phase der Sozialisierung hielt Bauer folgende Zusammensetzung der Verwaltungsräte für angebracht.

¼ Staatsvertreter, in der Mehrzahl von der Nationalversammlung, aber nicht aus ihrer Mitte gewählt;

¼ Konsumentenvertreter, in den Konsumgüterindustrie von den Konsumgüterverbänden ernannt, in der Investitionsgüterindustrie von den Abnehmerindustrien bestellt;

¼ Arbeitnehmervertreter aus den Reihen der Arbeitnehmerorganisationen ernannt;

¼ Unternehmervertreter.

In der zweiten Phase der Sozialisierung sollte die Vergesellschaftung der einzelnen Industriezweige dadurch abgeschlossen werden, daß die Unternehmervertreter aus den Verwaltungsräten ausschieden.

Dem schwächeren rechten Flügel in der Sozialdemokratie mit Karl Renner als Galionsfigur, der sich bei Parteitag hauptsächlich aus den Delegierten der Bundesländerorganisationen und der Gewerkschaften zusammensetzte, lehnte auch diese Vorschläge zur Sozialisierung ab. Karl Renner wird der Ausspruch "man könne nicht den Bankrott sozialisieren" <sup>47</sup> zugeschrieben. In der Broschüre "Wege der Verwirklichung" (Wien 1929) schrieb der "Staatsfanatiker": "Generelle Sozialisierung ist genereller Unsinn!" Der rechte Parteiflügel war so reformistisch, daß man in seinen Reihen in der Diktatur des Proletariats eine bürokratische Frage sah: "Wenn jemand über die Diktatur des Proletariats in Österreich spricht, frage ich ihn nicht: Wie paßt das in das theoretische System und was hat Marx vor sechzig oder achtzig Jahren dazu gesagt. Ich frage: Wie soll ich die Arbeiter nach vierzehn Tagen mit Mehl versorgen! Wer wird über die Lebensmittel am Tag nach der Revolution verfügen. Wie soll ich die Gehälter der Beamten am nächsten Ersten oder die Löhne der Arbeiter am Freitag auszahlen." <sup>48</sup>

Einzig und allein um den späteren Chefideologen der SDAP Max Adler, sammelte sich eine kleine (bedeutungslose) Gruppe von Funktionären, die es mit dem Rätssystem, halbwegs ernst nahmen. Max Adler übte in seiner Broschüre "Demokratie und Rätssystem"<sup>49</sup> heftige Kritik am Parlamentarismus: "...diese drei großen Sozialkritiker (Saint Simon, Charles Fourier und Robert Owen, Anm.d.Verf.) gingen alle von dem erschütternden Erlebnis der demokratischen Revolution aus, daß eine bloß politische Umwälzung den Lebenszustand der Massen nicht wirklich verändern und verbessern kann, (Hervorhebung im Original) daß politische Freiheit und Gleichheit bloß Worte ohne Inhalt bleiben müssen, wenn ihnen die wirtschaftliche Gleichheit fehlt. Was nützt dem Arbeiter die Freiheit von der politischen Unterdrückung wenn er in ökonomischer Abhängigkeit vom 'Brotgeber' bleibt, von ihm sich die Arbeitsbedingungen und oft genug auch die Lebensbedingungen vorschreiben lassen muß? Was bedeutet die Gleichheit vor dem Gesetz, wenn sich wegen der Ungleichheit im Vermögen der Besitzlosen dem Besitzenden verkaufen muß? Und ist eine Brüderlichkeit möglich zwischen denen, die als

Unternehmer und Arbeiter, als Besitzende und Besitzlose, als Ausbeuter und Ausgebeuteter notwendig entgegengesetzte Interessen haben und einander bekämpfen müssen?...Die Gleichheit vor dem Gesetz wird bestenfalls zur Gleichheit in der Beherrschung und Ausbeutung durch das Kapital, die Freiheit wird zur Freiheit des Verhungerns für die, welche sich gegen dieses System auflehnen möchten, und die Brüderlichkeit zur Heuchelei und schmachvollen Wohltätigkeitsprotzerei. Einen wirklichen sozialen Inhalt können alle diese Ideen nur dann bekommen, wenn sie auf ein System der *wirtschaftlichen Gleichheit* aufgebaut werden, wenn also alle wirtschaftliche Knechtung und Abhängigkeit radikal beseitigt ist...Nicht die bürgerliche Republik gewährleistet die demokratische Befreiung des Volkes, sondern *erst die sozialistische Republik!*<sup>50</sup> An anderer Seite schreibt er noch deutlicher: "Die Idee des Gemeinwillens findet keine Möglichkeit einer Verwirklichung in einem Gesellschaftszustand, in welchem jede Abstimmung, gerade wenn sie in wirklich demokratischen Formen erfolgt, nur auf die Gegensätze des Klassenwillens zurückführen muß. Diese demokratischen Formen sind nun am vollendetsten ausgeprägt in dem Institut der parlamentarischen Volksvertretung. Und so sehen wir, daß auf dem Boden der Klassengesellschaft die sogenannte Volksvertretung niemals zum Ausdruck eines Volkswillens führen kann. In den Formen der parlamentarischen Selbstbestimmung des Volkes vollzieht sich immer nur ein Stück des Klassenkampfes: sie ist stets Machtdurchsetzung, Gewalt der einen Klasse gegen die andere, die die Gesetzte der widerstrebenden Klasse aufzwingt. Solange die besitzenden Klassen die Majorität im Parlament haben, üben sie durch dieselbe eine Diktatur aus, wie sehr dies auch den Schein des Parlamentarismus verhüllt wird. Aber der nackte Gewaltcharakter dieser Diktatur offenbart sich sofort, wenn etwa die parlamentarische Majorität nicht mehr der Ausdruck der überwiegenden Vorherrschaft im Lande ist. Dann tritt die ganze staatliche Maschinerie der Unterdrückung durch Polizei und Militär, durch Gericht und Verwaltungsbehörde, in Presse, Vereins- und Volksversammlung hervor, die bestehende Regierungsmajorität wird zum Terrorismus. *Eine Diktatur ist also auch in der Form des Parlamentarismus möglich*, ja im Grunde ist der Parlamentarismus nur die Rechtsform, in welcher sich die Herrschaft der Bourgeoisie noch durchsetzen kann, sobald einmal der Klassengegensatz stark entwickelt ist."<sup>51</sup>

Max Adler schlug vor, aus den Räten einer Art Überregierung zu machen. Die Räte sollten in der Nationalversammlung Initiativ- und Vetorecht haben und auch die Wahl der Regierung sollte ihnen nach einem zu vereinbarenden Schlüssel gemeinsam mit der Nationalversammlung zustehen. "Auf diese Weise wird das System der Arbeiterräte, da diese

Verteilung der Kompetenzen natürlich alle seine Grade bis zum Bezirksamt hinunter durchdringt, zum *eigentlichen Organ der Sozialisierung*. Die Nationalversammlung bedeutet dann als das entscheidende Organ in allen über den wirtschaftlichen Neuaufbau hinausgehenden politischen und Kulturfragen das unentbehrliche Mittel der Übergangszeit, welches die Diktatur des Proletariats vor dem Terrorismus bewahrt und eine ruhige, die Stürme des Bürgerkrieges vermeidende Fortentwicklung sichert.<sup>152</sup> In diesem Sinn bedeutet also die von uns vertretene Form der verfassungsmäßigen Regelung der Arbeiterräte nicht etwa eine Festlegung auf ein bestimmtes Maß an politischer Macht und Bedeutung. Sie will vielmehr nur ein Übergangsform bezeichnen, durch welche sie am reibungslosesten verwirklicht wird, was alleiniger Sinn und Ziel dieser Kampforganisation der sozialen Revolution ist: *Alle Macht den Arbeiterräten!*<sup>153</sup> Auf die weitere Entwicklung der Arbeiterräte hatten zwei Ereignisse großen Einfluß:

1) Die ungarischen Sozialdemokraten hatten sich nach dem Rücktritt der bürgerlichen Regierung Karolyi (wegen der Gebietsabtretungsforderungen des Oberbefehlshabers der alliierten Truppen auf dem Balkan, General Franchet d' Esperay an Ungarn) mit den Kommunisten vereinigt und eine 'Ungarländische Sozialistenpartei' gegründet. Am 21. März 1919 wurde in Budapest eine Räterepublik unter der Führung Bela Kuns ausgerufen. Die Räteregierung erließ einen Aufruf "An alle" mit der Bitte um Hilfe gegen die Entente.

2) In München bildete sich ein Rat der Volksbeauftragten (Erich Mühsam, Ernst Toller, Gustav Landauer usw.), der sich aus Parteigängern der USPD, Anarcho-Syndikalisten und radikale Bauernbündler zusammensetzte und der am 5. April 1919 die Räterepublik ausrief.

Deutsch-Österreich war zwischen zwei Räterepubliken eingeklemt. Der Reichsvollzugsausschuß der Arbeiterräte Deutsch-Österreichs beantwortete den Aufruf Bela Kuns prompt, indem er die alten Thesen der 'linken' Sozialdemokraten wiederholte: "An das Proletariat Ungarns! Genossen und Genossinnen! Zur Sitzung des Reichsvollzugsausschusses der Arbeiterräte Deutsch-Österreichs versammelt, erreichte uns Euer Aufruf 'An alle'. Ihr habt die Staatsgewalt in eure Hand genommen, dem Imperialismus der Entente die Unerschrockenheit und die Kampfbegeisterung des geeinigten ungarischen Proletariats entgegengestellt. Mit euch sind wir der Meinung, daß heute nach dem Zusammenbruch des deutschen und österreichisch-ungarischen Imperialismus *der Hauptfeind der imperialistischen Sieger ist* (Hervorhebung im Original). Die Konferenz in Paris soll, wenn sie ganze

Völker vergewaltigt und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen beugen will, auf den entschlossenen Widerstand der Arbeiter stoßen.

Ihr habt an uns den Ruf gerichtet, Eurem Beispiel zu folgen. Wir täten es vom Herzen gern, aber zur Stunde können wir das leider nicht. In unserem Land sind keine Lebensmittel mehr. Selbst unsere karge Brotversorgung beruht nur auf Lebensmittelzügen, die die Entente uns schickt. Dadurch sind wir völlig Sklaven der Entente. Wenn wir heute Eurem Rat folgen würden, dann würde uns der Entente-Kapitalismus mit grausamer Unerbitterlichkeit die letzte Zufuhr abstellen und *uns der Hungerkatastrophe preisgeben*. Wir sind überzeugt davon, daß die russische Räterepublik nichts unversucht lassen würden, uns zu helfen. Aber ehe sie uns helfen könnten wären wir verhungert. Wir sind daher in einer wesentlich schwierigeren Situation als ihr. *Unsere Abhängigkeit von der Entente ist eine vollständige*.

Wohl ist es aber unsere heiligste Pflicht für alle Fälle gerüstet zu sein. Darum hat die Reichskonferenz unserer Arbeiterräte vor drei Wochen den Ausbau der Organisation geschlossen. Wir haben an das arbeitende Volk den Appell gerichtet, überall Arbeiterräte einzusetzen, die Gründung von Bauernräten zu fördern, sowie Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte mit den bestehenden bewährten Organisationen zusammenzufassen, und alles vorzubereiten, was die Stunde gebietet.

Neuerdings ergeht der Ruf an die Arbeiter aller Orte, die Räteorganisation schleunigst auszubauen. Wir haben euch bereits aufgefordert, daß der in den Beschlüssen der Reichskonferenz vorgesehene Zentralrat in den nächsten Tagen zusammentrete. Alle unsere Wünsche sind bei euch. Mit heißen Herzen verfolgen wir die Ereignisse und hoffen, daß die *Sache des Sozialismus siegen wird*. Kampfbereit stehen auch wir, gewillt, zu erfüllen, was die geschichtliche Notwendigkeit fordern wird. *Es lebe die internationale Arbeitersolidarität! Es lebe der Sozialismus!*<sup>154</sup>

Der Reichsvollzugsauschuß der Soldatenräte sandte ein ähnliches Grußtelegramm nach Budapest, in dem er "das tiefste Mitgefühl mit dem kämpfenden ungarischen Proletariat ausdrückte"<sup>155</sup>. 1200 österreichische Freiwillige gingen nach Ungarn und schlossen sich der dortigen Roten Armee an. Bei Kämpfen fielen davon ca. 700, unter ihnen der Soldatenrat der Stiftskaserne (Rote Garde), Leo Rothziegel.

Die KPÖ nahm durch die Ereignisse in Budapest und in München einen ungeheuren Aufschwung. Die Mitgliederzahlen schossen von ca. 10.000

auf 50.000 hinauf. Die Zahl der Sympathisanten war noch wesentlich größer. Von der Räteregierung in Budapest erhielt die KPÖ reiche finanzielle Zuwendungen (die alten Banknoten der österreichisch-ungarischen Bank waren nämlich in der Monarchie sowohl in Wien als auch in Budapest gedruckt worden; da dies Geldscheine noch in Verwendung waren, konnte in Budapest eine unbeschränkte Anzahl davon hergestellt werden).

Weil die Neuwahlen zu den Arbeiterräten noch einige Zeit in Anspruch nehmen würden und weil die Aufnahme der Kommunisten in den Reichsvollzugsausschuß der Arbeiterräte den Sozialdemokraten vordringlich erschien (siehe oben) wurde neben dem Reichsvollzugsausschuß ein sogenannter Zentralarbeiterrat gegründet, in dem auch die KPÖ vertreten war. Dieser kurzlebige Arbeiter-Zentralrat schloß sich am 29. März 1919 dem Beschluß des Reichsvollzugsausschusses vom 23. März 1919 "An das Proletariat Ungarns" an (unmittelbarer Anlaß für die Einberufung dieses Zentralrates war eine Kundgebung der KPÖ am 23. März 1919 im Prater und die dort erhobene Forderung, die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte sollen auch in Österreich die Herrschaft übernehmen).

Auch sonst war die SDAP nicht untätig: Im März 1919 beschloß der Nationalrat das Gesetz über die Vorbereitung der Sozialisierung. Das Gesetz bestimmte, daß aus den Gründen des öffentlichen Wohls hierzu geeignet Wirtschaftsbetriebe zugunsten des Staates, der Länder und der Gemeinden enteignet werden könnten. Mit der Vorbereitung der Sozialisierung wurde eine Staatskommission betraut, in die eine Reihe von Fachleuten sowohl aus dem Kreis der Arbeiterschaft wie aus dem der Unternehmer berufen wurden. Der Reichsvollzugsausschuß stellte zu diesem Gesetz unter dem Titel "eine ernste Warnung" am 30. April 1919 fest: "Das Proletariat bewahrt seine Ruhe in der Überzeugung, daß es ernst werden soll mit der *Sozialisierung* (Hervorgehoben im Original) und es ist entschlossen, für diese Sozialisierung den Kampf mit aller Energie aufzunehmen. Die Regierungsvorlage, die wesentlich auch unter dem Einfluß des Ausbeutertums zustande gekommen ist, stellt ein *Minimum* dar, das zu fordern ist, und kann überhaupt nur akzeptiert werden als der erste Schritt auf dem Weg der sozialen Umwälzung, der kommen muß. Wir warnen daher die bürgerlichen Parteien vor dem verbrecherischen Plan, die Regierungsvorlage über die Sozialisierung in irgendeiner Weise im Sinne der Profitinteressen des Kapitals zu verändern oder auch nur die Verhandlungen zu verschleppen. Insbesondere wird die Entscheidung über die *Enteignung* uns darüber Klarheit verschaffen, ob wir von dieser Nationalversammlung erwarten dürfen, daß sie den Ernst der Zeit versteht und die unerbitterliche Entschlossenheit des Proletariats zu erkennen ver-

mag."<sup>56</sup> Der radikale Ton dieser Erklärung darf allerdings nicht ernst genommen werden; Die Sozialdemokratie setzte damit nur die bereits in der Monarchie entwickelte Taktik fort, durch Drohungen mit revolutionären Parolen reformistische Maßnahmen durchzusetzen. Diesen Sachverhalt beweist eine andere Passage der Erklärung: "Wir warnen die bürgerlichen Parteien davor, diese Selbstbeherrschung des Proletariats falsch zu deuten. Es lebt in ihm die unerbitterliche Entschlossenheit, den Schritt zum Sozialismus, den die Niederlage des österreichischen und deutschen Imperialismus möglich gemacht hat, auch tatsächlich zu machen. Daran kann die Arbeiterklasse durch irgendwelche Zufälle der Wahlarithmetik nicht gehindert werden. Daß in den Ausschüssen der Nationalversammlung eine bürgerliche Mehrheit vorhanden ist, kann nichts an der Tatsache der realen Machtverhältnisse im Staate ändern. Das Proletariat fühlt sich als die entscheidende Klasse im Staat und ist entschlossen, den ihr gebührenden Einfluß unter allen Umständen in Anspruch zu nehmen und sich nicht von den paar Vertretern des ausbeuterischen Kapitalismus in der Nationalversammlung seiner Rechte berauben zu lassen."<sup>57</sup>

Diesen Weg hat die Sozialdemokratie nie beschritten. Das einzig richtige an der Erklärung des Reichsvollzugausschusses war die Stelle, in der davon gesprochen wird, daß "die Regierungsvorlage ein Minimum darstellt." Die weitere Geschichte zeigte, wie klein dieses "Minimum" war. Denn: "Die Arbeiterschaft setzte große Hoffnungen in die Sozialisierungsbestrebungen. Sie wurden aber in diesen Hoffnungen bitter enttäuscht. Es blieben schließlich nur zwei gemeinwirtschaftliche Unternehmungen bestehen: die 'Gemeinnützigen Werke Arsenal' und die 'Heilmittelstelle'".<sup>58</sup>

Am 15. Mai 1919 vor der Neuwahl der Arbeiterräte wurde im Nationalrat das Gesetz über die Errichtung von Betriebsräten beschlossen. Auf dieses Gesetz, das von offizieller Gewerkschaftsseite als "Bruch der absolutistischen Alleinherrschaft der Unternehmer im Betrieb gefeiert wird"<sup>59</sup> und das mit einigen Novellierungen auch heute noch in Kraft ist, paßte das Wort von August Bebel vom scheinstitutionellen Feigenblatt, das den Fabriksfeudalismus verdecken soll. "Das Gesetz konstruierte einen Unterschied zwischen Arbeitern und Angestellten, indem es eigenen Angestellten- und Arbeiterbetriebsräte schuf, gab den Betriebsräten beinahe überhaupt keinen Einfluß auf die wirtschaftliche Führung des Betriebes und machte sie zwangsläufig zu vollkommen unpolitischen Organen."<sup>60</sup>

Am 17. April 1919 wurde in Wien eine Demonstration von Arbeitslosen, Heimkehrern und Kriegsinvaliden abgehalten. Die Demonstranten versuchten das Parlament zu stürmen. Sie wurden von Truppen der Volkswehr von diesem Beginnen abgehalten. Bei dieser Gelegenheit zeigte sich zum ersten Mal deutlich, welchen Effekt die Arbeit von Julius Deutsch im k.u.k. Kriegsministerium für die SDAP hatte: die Regierung unter sozialdemokratischer Führung brauchte zur Niederschlagung und Reglementierung von Demonstranten, Putschversuchen, Aufständen, Streiks etc. nicht wie in Deutschland Truppen der Reichswehr einzusetzen, sie brauchte auch nicht die Polizei einzusetzen, sondern hatte die Möglichkeit auf die mit sozialdemokratischen Vertrauensleuten durchsetzte Volkswehr (mit Ausnahme der Roten Garde) zurückzugreifen.

Die näheren Umstände um diese Demonstration wurden nie ganz geklärt. Fest steht, daß auch die herbeigerufene Parteileitung der KPÖ versuchte, die aufgewühlte Menge zu beruhigen.

Im Zentralarbeitserrat wurde gegen die sieben Stimmen der Kommunisten eine Kundgebung des Parteivorstandes der SDAP gutgeheißen, in der unter anderem festgestellt wurde: "Was heute geschehen ist, ist also sinnlos! Aber mehr als das! Es ist zugleich höchst gefährlich! Längst schon ruft die Bourgeoisie nach der Besetzung Deutsch-Österreichs durch Truppen der Entente! Unter dem Schutz der Bajonette der Entente möchte sie ihre Herrschaft wieder aufrichten!

Bisher haben wir diese Gefahr abgewehrt, indem wir die Vertreter der Entente überzeugt haben, daß Deutsch-Österreich, trotz dem furchtbaren Massenelend, aus eigener Kraft Ruhe und Ordnung aufrechterhalten kann! Das wir dies wirklich können, hat der heutige Tag bewiesen: Mit musterhafter Disziplin hat unsere Volkswehr die Ordnung wieder hergestellt, sobald sie auf den Schauplatz der Demonstration gerufen wurde. Aber trotzdem ist die Gefahr groß. Die Entente will sich die Verkehrswege von Italien zu ihren tschechischen und polnischen Bundesgenossen nicht stören lassen; wenn sie befürchten wird, daß unser Land zum Schauplatz größerer Unruhen werden könnten, dann droht uns die Gefahr, daß Wien und unsere anderen großen Industriegebiete von Ententetruppen besetzt werden. Dann würde die Gegenrevolution triumphieren! Unsere Hoffnungen für die Zukunft wären bedroht, das schon Errungene wäre gefährdet!...Genossen und Genossinnen! Wir brauchen revolutionären Mut und revolutionäre Tatkraft! Aber wir brauchen auch - heute dringender denn je! - Besonnenheit, Einsicht und Selbstzucht!<sup>161</sup>

Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wurde ein Antrag der KPÖ den sozialdemokratischen Mitgliedern der Koalitionsregierung das Mißtrauen auszusprechen vom Zentralarbeitserrat abgelehnt. Die sozialdemokratische Reichskonferenz stellte in diesem Zusammenhang am 29. April 1919 eindeutig fest: "...Wer zur Gewalt greift, muß damit rechnen, daß die Republik, die den Willen der überwiegenden Mehrheit darstellt, mit Gewalt antworten wird. Insbesondere muß ebenso wie in den kommunistischen Republiken selbstverständlich auch bei uns allen Plünderungen und Brandstiftungen mit Gewalt entgegengetreten werden. Die Sozialdemokratie wünscht den Kampf mit geistigen Waffen, ist aber nicht gesonnen, sich terrorisieren zu lassen, weder von Monarchisten noch von 'Kommunisten'...Ohne sich in eine Beurteilung der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Rätediktatur in anderen Ländern einzulassen, hält sich die Reichskonferenz für verpflichtet, gerade im gegenwärtigen Moment vor jedem Experiment der Verwirklichung der Rätediktatur in Deutschösterreich zu warnen."<sup>62</sup>

Die gesamte Haltung der SDAP zur Rätefrage brachte eine Spaltung der Partei mit sich. Um den Vorsitzenden des Soldatenrates Dr. Josef Frey bildete sich eine "Arbeitsgemeinschaft revolutionärer Arbeiterräte", die sich selbst zwar immer als "Neue Linke" der SDAP bezeichnete, sich von der Partei aber immer weiter weg bewegte.

Die KPÖ plante einen Putsch, da der Zeitpunkt günstig erschien (Die Alliierten hatten bei den Friedensverhandlungen einen Abbau der Volkswehr um 25 % verlangt, was bei den Soldaten Unmut erregte). Dieser Plan war allerdings von vornherein zum Scheitern verurteilt da:

1) die Leitung der KPÖ selbst nicht einig war, ob geputscht werden sollte oder nicht (ein Teil der Funktionäre plante die Aktion, ein anderer Teil sagte sie ab).

2) die KPÖ kaum Verbindungen zu in Fabriken tätigen Arbeitern hatte (wenn man vom Arsenal in Ternitz usw. absieht) und innerhalb der Partei hauptsächlich Arbeitslose und Kriegsinvaliden organisiert waren.

Als die KPÖ mit Flugblättern und Anschlägen für eine "Demonstration" am 15. Juni 1919 war, in denen die Wehrmänner aufgefordert wurden, bewaffnet an der Aktion teilzunehmen, startete die SDAP, die auch von den Sicherheitsbehörden bereits über die Putschpläne informiert worden war, sofort eine Gegenkampagne. Der Wiener Kreisarbeitserrat erließ einen

Aufruf: "...Über die Taktik der Wiener Arbeiterschaft und damit auch über die Frage, ob die *Alleinherrschaft des Proletariats* (Hervorhebung im Original) in Wien zweckmäßig sei, kann allein der Wiener Arbeiterrat entscheiden. Der Arbeiterrat ist der Boden, auf dem Meinungskämpfe innerhalb der Wiener Arbeiterklasse ausgetragen werden müssen und ausgetragen werden sollen. Der Arbeiterrat verwahrt sich daher von vornherein gegen jeden Versuch gewisser kleiner Gruppen, die Arbeiterschaft mit Gewaltmitteln vergewaltigen zu wollen. Zu der Befürchtung, daß derartige geplant werde, geben die letzten Vorgänge *innerhalb der Kommunistischen Partei* genügend Grund. Die Kommunistische Partei hat in Wien, wie die Ergebnisse der Arbeiterratswahlen deutlich zeigen, bei weitem nicht einmal den zwanzigsten Teil der Arbeiterschaft hinter sich. In dieser Partei ist eine Spaltung eingetreten zwischen jenen, die einen Putsch in der gegenwärtigen Zeit unbedingt herbeiführen wollen, und jenen, die einen derartigen Versuch unter den gegebenen Umständen für ein *Verhängnis für die Arbeiterklasse* halten und die eine Wiederholung der Niederlage des Proletariats, wie sie in München erlebt wurde, vermeiden wollen...Der Arbeiterrat ist das Forum, in dem die politischen Schicksalsfragen der Arbeiterklasse Wiens zu entscheiden sind, und die Arbeiterschaft Wiens wird sich gegen jeden Versuch der Vergewaltigung des Proletariats durch kleine Minoritäten mögen sie reaktionär sein oder sich als revolutionär ausgeben, zur Wehr zu setzen wissen."<sup>163</sup>

Der Wiener Polizeipräsident Schober wollte die Demonstration einfach verbieten und die anmarschierenden Gruppen aus den einzelnen Bezirken abfangen. Friedrich Adler und der Wiener Kreisarbeiterrat opponierten dagegen. Der Vollzugsausschuß der Soldatenräte ordnete eine Konsignierung der Volkswehr in den Kasernen an (vor allem um die Rote Garde an der Teilnahme an der Demonstration zu hindern).

Da Polizeipräsident Schober am Vorabend der Demonstration die gesamte Leitung der KPÖ festnehmen ließ, war der Aufmarsch am 15. Juni 1919 führungslos. Die Teilnehmer versuchten die festgenommenen Mitglieder der Parteileitung der KPÖ zu befreien. Dieses Unternehmen mißlang. Der einzige Erfolg waren 8 Tote und 50 Verwundete. Das Volkssturmbataillon 41 (Rote Garde) versuchte einzugreifen, wurde aber von den sozialdemokratischen Soldatenräten daran gehindert und konnte nicht aus der Stiftskaserne ausrücken. Noch am selben Tag stellten die Obmänner der Wiener Bezirksarbeiterräte fest: "...Arbeiter und Arbeiterinnen! Unsere Warnung war vergebens. Der 15. Juni endete in Trauer. Acht Tote und mehr als ein halbes Hundert Schwerverwundete beklagen wir als Opfer.

Die Absichten der Kommunisten sind nicht durchgeführt, ja nicht im geringsten gefördert worden. Auch von ihrem Standpunkt sind *die Opfer vollkommen sinn- und zwecklos* (Hervorhebung im Original). Wie am 12. November, am Gründonnerstag hat auch heute wieder die Verblendung in allen taktischen Fragen zu beklagenswertem Blutvergießen geführt. Wir werden die geopferten Proletarier in Ehren zu Grabe tragen, aber wir werden nicht vergessen, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen...*Arbeiter und Arbeiterinnen!* Bewahrt Eure Besonnenheit und Ruhe in dieser schweren Zeit! Der Opfer sind genug gefallen! Laßt Euch weder einschüchtern noch provozieren! Unterstützt die Arbeiterräte, die den Willen des Proletariats zum Ausdruck bringen werden!"<sup>64</sup>

Die Obmännerkonferenz der Wiener Bezirksarbeiterräte beschloß außerdem einen Untersuchungsausschuß über die Vorgeschichte und die Zusammenhänge um den 15. Juni 1919 einzusetzen. Die Kommunisten, die in Wien aufgrund der bereits durchgeführten Wahlen schon vertreten waren, lehnten die Beschickung dieses Ausschusses ab.

Am 22. Juni 1919 schloß sich der Wiener Kreisarbeiterrat der Resolution der Obmännerkonferenz an und forderte außerdem: "...Der Kreisarbeiterrat verlangt, daß *unverzüglich einschneidende Reformen im Sicherheitsdienst vorgenommen werden* (Hervorhebung im Original), und zwar vor allem:

- 1) Die Arbeiter- und Soldatenräte setzen eine Vertretung von je zwei verantwortlichen Genossen ein, mit denen *vor allen politischen Entscheidungen das Einvernehmen herzustellen ist.*
- 2) *Es hat eine Vereinheitlichung der Kommandogewalt zwischen Volkswehr, Stadtschutzwache und Polizei stattzufinden.*

Weiters fordert der Kreisarbeiterrat, daß *sofort eine bessere Sicherung der Meinungsfreiheit herbeigeführt werde*, daß insbesondere das *objektive Verfahren* endlich beseitigt werde."<sup>65</sup>

Damit griff der Kreisarbeiterrat unmittelbar in die Verantwortung für die öffentliche Ordnung ein. Im gleichen Sinn lag auch die in der selben Sitzung beschlossenen Koordinierung der Ordnertruppen, durch Schaffung eines Ordnerkomitees, dem Ausgangspunkt für den Aufbau der Ordnerorganisation der Arbeiterräte und des aus ihm in späteren Jahren hervorgegangenen Republikanischen Schutzbundes der Sozialdemokratischen Partei Österreichs.

Ab 30. Juni 1919 tagte im Wiener Parlament die Zweite Reichskonferenz der Arbeiterräte. Für die kommunistischen Delegierten brachte der Delegierte Toman einen Antrag ein, der kurz und bündig lautete: "Antrag: Die am 30. Juni in Wien tagende Zweite Reichskonferenz der Arbeiterräte Deutsch-Österreichs beschließt: 1) Deutsch-Österreich wird zur Räterepublik erklärt. 2) Mit der Durchführung aller hierzu notwendigen Maßnahmen wird der Reichsvollzugsausschuß der Arbeiterräte betraut." <sup>66</sup>

In der Begründung dieses Antrags der kommunistischen Delegierten hieß es u.a.: "Die Errichtung der Räterepublik Deutsch-Österreich ist eine unabwendbare Notwendigkeit. Unsere Voraussage, daß ein von Vertretern der Kapitalistenklasse geschlossener Friede nur die völlige Versklavung der Arbeiterklasse bedeuten kann, hat sich bewahrheitet. Jedem - auch dem Wilsongläubigen Sozialdemokraten - muß es heute klar sein, daß der Frieden von Saint Germain, mag er besser oder schlechter ausfallen, den völligen finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutsch-Österreichs zur Folge hat. Dieser Friede wird und muß die schwersten sozialen Erschütterungen hervorrufen. Weder Personen noch Parteien können die geschichtlichen Tatsachen aus der Welt schaffen, daß die ökonomischen Lage das hungernde und verelendete Proletariat zwingen wird, zur unmittelbaren, direkten Aktion zu schreiten. Wenn die Arbeiterschaft bis jetzt mit übermenschlicher Geduld gewartet hat, so nur deshalb, weil sie den eitlen Versprechungen der bürgerlichen Regierung Glauben schenkte, weil die Koalitionsregierung dem Proletariat vortäuschte, es sei möglich, durch Schonung des inländischen Kapitalismus den Entente-Kapitalismus günstig zu stimmen und so die wirtschaftliche Lebensfähigkeit zu erhalten. In seinen Hoffnungen furchtbar betrogen, wird das gesamte Proletariat Deutsch-Österreichs erkennen, daß es gilt, die wirtschaftliche Existenz aus eigener Kraft zu erkämpfen, nicht im Anschluß an den Weltkapitalismus, sondern im Anschluß an die Weltrevolution." <sup>67</sup>

In der Debatte um diesen Antrag wiederholten die Vertreter der verschiedenen Gruppierungen in der SDAP ihre bekannten Standpunkte (siehe oben). Dr. Friedrich Adler führte als erster Redner aus: "Wir Sozialdemokraten sind gewohnt *die Dinge in ihrer ökonomischen Bedingtheit zu untersuchen* (Hervorhebung im Original). Wir waren der Meinung, daß unbedingt und unmittelbar der Kapitalismus sich nicht werde erholen können, daß es aber von den *politischen und ökonomischen Umständen* in den verschiedenen Ländern abhängt, wie sich die Welt gegenwärtig gestalten wird. Die Kommunisten glauben, es komme nur auf den *Willen* an. Der Mechanismus dieser ökonomischen Struktur, dieses *Schieben* der ökonomischen Kräfte gegeneinander ist aber keines-

wegs so, daß man eindeutig sagen kann: Nun kommt es zu dem und dem Resultat.

Wir mußten in diesen sieben Monaten seit dem Zusammenbruch immer wieder die ganze Situation überdenken, mußten immer wieder die ganze internationale Lage erfassen, um zu sehen, welche *Entwicklungstendenzen* vorhanden sind und welche Möglichkeiten sich für das ganze Proletariat eröffnen. Da ist es nun sehr wesentlich und entschieden, wie man die Dinge ökonomisch beurteilt. Wir können uns nicht festlegen auf einen *Glaubenssatz*, weil wir alle wünschen, daß es heute so sein muß, daß der Kapitalismus nie mehr in die Lage kommt, die Herrschaft über die Welt anzutreten. Wir Sozialdemokraten sagen: *Trotzdem* es unser Wunsch wäre, können wir doch nicht *über die Tatsache hinweg sehen*.<sup>68</sup>

Der Antrag der kommunistischen Delegierten wurde abgelehnt. Anstatt wurde eine Resolution von Max Adler angenommen, in der von "einem dritten Weg, dem Weg der zielbewußten, allmählichen Eroberung der politischen Macht"<sup>69</sup> die Rede war. Das war der Anlaß des Entschlusses der KP-Delegierten Mandate im Reichsvollzugsausschuß nicht anzunehmen. "Die Resolution Max Adlers, welche die Zweite Reichskonferenz der Arbeiterräte Deutsch-Österreichs am 2. Juli 1919 angenommen hat, macht es uns unmöglich in den Reichsvollzugsausschuß einzutreten. Wir müssen feststellen, daß diese Resolution der Versuch ist, die kommunistische Bewegung, die auf die Verwirklichung der Räterepublik unmittelbar hinarbeitet, zugunsten der bürgerlich-sozialdemokratischen Koalitionspolitik lahmzulegen.

Mit der Annahme dieser Resolution wurde nicht nur eine Billigung des bisherigen Wirkens des Reichsvollzugsausschusses ausgesprochen, sondern es wurde auch dem nun zu wählenden Reichsvollzugsausschuß die Verfolgung der selben Politik für die nächste Zeit vorgeschrieben.

Unter diesen Umständen sind wir nicht in der Lage, Mandate in den Reichsvollzugsausschuß anzunehmen."<sup>70</sup>

Noch ein verhängnisvoller und folgenschwerer Fehler passierte auf dieser Zweiten Reichskonferenz der Arbeiterräte Deutsch-Österreichs. Max Adler und die Gruppe um ihn wandte sich gegen eine gesetzliche Verankerung der Aufgabe der Arbeiterräte. In der Begründung seiner Haltung hielt sich Adler eng an einen Artikel von Täubler im "Kampf", in dem ausgeführt war: "...Es ist ein törichter Gedanke, die Aufgaben und den Wirkungskreis der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte heute in festumrissenen Gesetzen

abgrenzen zu wollen oder die Räte in der Verfassung verankern und in die Verfassung aufnehmen zu wollen, wie man diese Absicht in Deutschland heute umschreibt. Niemand kann sagen, was morgen oder übermorgen im Interesse des Proletariats zu tun notwendig ist und was von den Arbeiterräten als den revolutionären Vollzugsorganen der Arbeiterklasse getan werden muß.

Den Wirkungskreis der Räte heute in Gesetzen zu bestimmen, das bedeutet nichts anderes, als ihnen nur die Aufgabe zuerkennen wollen, die ihnen die Entwicklung bisher schon aufgedrängt hat und die ihnen die heute Herrschenden zu erfüllen schon erlauben, sie aber gegen alle Zukunftsaufgaben von vornherein binden wollen. Das hieße nichts anderes, als die Revolution bei der heute erreichten Entwicklungsstufe abbrechen, den jetzigen Zustand durch Gesetz festlegen und zum dauernden zu machen. Aber heute ist alles im Fluß, alles unentschieden und gerade der heutige Zustand wäre dauernd unerträglich. Die Revolution muß weitergehen, bis zum entscheidenden Sieg einer Klasse, wenn ein friedliches Leben des Schaffens möglich sein soll...Ein Gesetz über den Wirkungskreis der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte müßte heute nur zu einem neuen Hindernis der revolutionären Entwicklung werden; denn die revolutionären Werkzeug müssen bei der weiterflutenden Revolution mit und die Arbeiterräte müssen ihre Notfunktion ebenso über dieses neue Gesetz hinweg durchführen, wie sie sie wider alle alten Gesetze durchgeführt haben. Eine Gesellschaft im Zustand der Revolution, in der alles im Fluß ist, verträgt nicht Momentphotographien als gesetzliche Verpflichtung immer so und nicht anders auszuschaun."<sup>71</sup>

Damit rückte Adler von dem in "Demokratie und Rätesystem" (siehe oben) formulierten Standpunkt ab und versäumte die letzte reale Möglichkeit den Wirkungskreis der Räte wenigstens auf dem status quo einzubetonieren. Bei den weiteren Verhandlungen befaßte sich die Reichskonferenz vor allem mit der mangelnden Lebensmittelversorgung der Bevölkerung. Es wurde eine Resolution angenommen, in der die Bildung einer Wirtschaftskommission im Reich, in den Ländern und in den Bezirken vorgesehen war. Über die Kompetenzen dieser zu bildenden Wirtschaftskommissionen wurde folgendes festgelegt: "Die Unterstützung der Behörden bei der Kontrolle der Produktion, der Verteilung auf Märkten, in Geschäften, auf der Eisenbahn und auf allen anderen Verkehrswegen, die Kontrolle der Durchführung und Erlassung von Vorschriften, die von Ämtern und Behörden erlassen werden, die paritätische Vertretung der Arbeiter- und Soldatenräte bei den Sprengelkommissionen des Jahres 1919.

Kontrolle der Preiserstellung und Teilnahme an den amtlichen Preisprüfungskommissionen und Kontrolle der Einhaltung der vorgeschriebenen Preise.

Absperremaßnahmen einzelner Bezirke und Länder sind so weit wie möglich zu verhindern. Einsichtnahme in die Bedarfsziffern der einzelnen Ernährungsgebiete, damit von den Ernährungsausschüssen festgestellt werden kann, welche Lebensmittel anderen Gebieten zur Verfügung gestellt werden können und welche eingeführt werden müssen...

Das größte Notstandsgebiet ist Wien. Wien ist aber auch das Herz der Revolution. Deshalb wollen sich die Länder von Wien absondern und versuchen die Stadt auszuhungern. Es ist deshalb die Pflicht der Arbeiterräte, für die Ernährung des Wiener Proletariats zu sorgen, damit das Zentrum der Revolution seine große Aufgabe erfüllen kann. Die Arbeiterräte Wiens werden deshalb ihre ganze Kraft dafür einsetzen, damit die Verteilung der angelieferten Lebensmittel keinerlei Mißbräuchen unterliegt und erwarten die Unterstützung der gesamten Bevölkerung bei dieser Aktion." <sup>72</sup>

Im Juli 1919 stand der Zusammenbruch der Räterepublik in Ungarn bevor, da die von der Entente zur Intervention in Ungarn ermutigten rumänischen Truppen große militärische Erfolge hatten. Die ungarische Rote Armee zeigte wenig Zusammenhalt, ganze Truppenteile liefen zu einer von der rechten Gegenregierung unter Admiral Horthy in Szegedin aufgebauten Nationalen Ungarischen Armee über. Der Reichsvollzugsausschuß der Arbeiterräte sprach in einer Entschliebung vom "beutegierigen Imperialismus der Entente." <sup>73</sup> Zu einem Aufruf, zu einem Sympathiestreik für das sich in Bedrängnis befindliche ungarische Proletariat konnte er sich allerdings vorerst nicht entschließen. Da große Teile - auch der sozialdemokratischen Arbeiter - aber die Räteregierung in Ungarn unterstützen wollten, gelang es den Delegierten der Kommunisten im Wiener Kreisarbeiterrat mit 142 gegen 104 Stimmen einen Beschluß durchzubringen, in dem für 21. Juli 1919 zu einem Sympathiestreik aufgerufen wurde. Dieser Streik wurde dann beinahe lückenlos durchgeführt.

Im August 1919 löste der Staatssekretär für Heerwesen, Julius Deutsch, nach einem entsprechenden Antrag des Vollzugsausschusses des Soldatenrates das Volkssturmbataillon 41 (Rote Garde) in der Wiener Stiftskaserne auf und verteilte die Mannschaften auf die anderen Teile der Volkswehr.

Am 6. August 1919 kam es in Budapest zu einem monarchistischen Putsch. Erzherzog Josef von Habsburg erschien nunmehr wiederum als Regent des Königreichs Ungarn auf der Bühne des politischen Geschehens (da diese Entwicklung den Siegermächten, vor allem Frankreich und der Tschechoslowakei nicht paßte, mußte er dem sich selbst zum Reichsverweser ernannten Admiral Horthy weichen).

Gegen die Stimmen der KPÖ, die noch immer auf der Ausrufung der Räterepublik beharrte, erklärte der Wiener Kreisarbeiterrat zu diesen Ereignissen: "Unter den Schlägen des vom Entente-Imperialismus vorgeschickten rumänischen Heeres ist die ungarische Räterepublik nach viermonatigen Dauer zusammengebrochen. Die ungarische Arbeiterklasse und damit die Arbeiter aller Länder sind um eine traurige Erfahrung reicher.

Der Wiener Kreisarbeiterrat hält das Vorgehen der Regierung, die den ungarischen Volksbeauftragten in Deutsch-Österreich eine Zufluchtsstätte gewährt hat, um sie den Rächern der rachsüchtigen Reaktion zu entziehen, für selbstverständlich. Der Wiener Kreisarbeiterrat wünscht und hofft, daß es der Arbeiterklasse Ungarns gelingen werde die furchtbare Krise zu überwinden und der kapitalistisch-junkerlichen Reaktion in ihrem Lande standzuhalten.

Der deutsch-österreichischen Bourgeoisie und ihrer Presse stellen wir mit allem Nachdruck fest, daß, so sehr der Wiener Kreisarbeiterrat dem Versuch Widerstand geleistet hat, die ungarische Räterediktatur nach Deutsch-Österreich zu verpflanzen, er keineswegs dulden wird, daß unter dem Deckmantel einer Polemik gegen den Bolschewismus, eine reaktionäre Hetze gegen den Sozialismus unternommen wird. Die Bourgeoisie jubelt zu früh, wenn sie glaubt, daß mit der ungarischen Räteregierung auch die Macht der Arbeiterklasse gebrochen sei. Da sich bestätigt hat, daß der in Ungarn eingeschlagene Weg nicht zum Ziel führt, mahnt der Kreisarbeiterrat die Arbeiterschaft, ihre Organisation auszubauen und das gesamte Proletariat mit revolutionärem sozialistischen Geist zu erfüllen, um schlagfertig der Reaktion entgentreten zu können, und um den Kampf für die großen Ziele des Sozialismus unter den durch die Weltlage gegebenen Bedingungen in geschlossenen Reihen weiterzuführen.<sup>174</sup>

Die versuchte habsburgische Restauration in Ungarn war für die österreichische Linke ein Alarmzeichen. Ordner und Arbeiterwehren gruppierten sich, die Soldatenräte der Volkswehr und die Vertreter der Exekutivorgane der Republik beriefen Kundgebungen ein, bei denen dargetan wurde, daß

diesseits der Leitha keine Möglichkeit einer habsburgischen Restauration bestehe. Ansonsten beschäftigten sich die Arbeiterräte hauptsächlich mit der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung.

Am Parteitag der Sozialdemokratischen Partei im Herbst 1919 kam es zu einer heftigen Kontroverse zwischen Karl Renner und Max Adler. Adler warf Renner vor, daß er die Idee des Rechtsstaates vertrete, während die Diktatur des Proletariats neue Freiheitsrechte verlange.

Am 10. September 1919 wurde in Saint Germain der Friedensvertrag von den Vertretern Österreichs unterzeichnet. In diesem Friedensvertrag war festgelegt worden: die Abtretung von Südtirol bis zum Brenner, außerdem von Triest; Istrien und einigen Gebieten in Dalmatien, Kärnten und Krain; Anerkennung der Selbständigkeit Ungarns, der Tschechoslowakei, Polens und Jugoslawiens; Verbot des Namens Deutsch-Österreich und des Anschlusses an das Deutsche Reich; ein Berufsheer von maximal 30.000 Mann; weiters Reparationszahlungen.

Am 22. Oktober 1919 wurde im Parlament anlässlich einer Umbildung der Koalitionsregierung heftig um die Arbeiterräte diskutiert. Im neuen Koalitionsabkommen hieß es: "Das Mißtrauen der Bevölkerung zur bürokratischen Verwaltungsorganisation hat dazu geführt, daß die nach dem Umsturz entstandenen Räteorganisationen in die Verwaltungstätigkeit eingegriffen und versucht haben, selbst eine Tätigkeit zu entfalten, die nach dem Gesetz nur den staatlichen und autonomen Behörden zusteht. Staatsgrundgesetzlich gewährleistete Rechte, insbesondere das Hausrecht, sind verletzt worden. Lokale Räteorganisationen haben Absperrungsmaßnahmen unter Beschlagnahmungen auf eigene Faust durchgeführt, wodurch in vielen Fällen der Ernährungsdienst behindert und insbesondere die Lebensmittelzufuhr in die größeren Städte und Industriegebiete, vor allem nach Wien erschwert wurde. Solche Mißstände können nur dadurch wirksam bekämpft werden, daß ihre eigentliche Ursache, nämlich das Mißtrauen der Bevölkerung gegen die bürokratische Verwaltungsorganisation überwunden wird.

Dies erfordert einerseits die schleunigste Demokratisierung der politischen Behörden erster Instanz, andererseits von Vertrauensmännern der einzelnen Bevölkerungskreise als Hilfsorgane der staatlichen Verwaltung zur unmittelbaren Verwaltungstätigkeit. Einzelne Versuche dieser Art sind bereits gemacht worden. Sie haben gezeigt, daß auf diese Weise der Eifer der nach Betätigung in der Verwaltung drängenden gesellschaftlichen Kräfte im Interesse der Allgemeinheit verwertet, die Gesetzlichkeit der

Verwaltung wiederhergestellt und das Vertrauen der Bevölkerung zu der Verwaltung bestärkt werden kann." <sup>75</sup>

Mit diesem Koalitionsabkommen wurden die Arbeiterräte zu Hilfsorganen der Verwaltung degradiert, d.h. nachdem die Sozialdemokratie die Arbeiterräte als politische Organe gar nicht zum Zug kommen hatte lassen, schränkte sie nun auch den letzten Tätigkeitsbereich der Räte entscheidend ein.

Mitte Oktober 1919 stellten sich Otto Bauer und Karl Renner dem Wiener Arbeiterrat zu einer Diskussion über die Weiterführung der Koalition. Die Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiterräte billigte bei dieser Gelegenheit die Pläne der SDAP, die Kommunistische Räte waren dagegen.

Bei dieser Gelegenheit profilierte sich zum ersten Mal die schon einmal erwähnte Arbeitsgemeinschaft Revolutionärer Arbeiterräte, die "Neue Linke" der Sozialdemokratie. In einer Erklärung dieser Gruppe, der sich 99 Arbeiterräte angeschlossen hatten, hieß es: "Das Ziel der sozialdemokratischen Revolution ist die planmäßige, vollständige und möglichst rasche Herbeiführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn das Proletariat die politische Macht ergreift und sich als herrschende Klasse konstituiert. Das tauglichste Mittel zu diesem Zweck sind die revolutionären Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte.

Solange die Arbeiterklasse den Zeitpunkt für die Ergreifung der politischen Macht noch nicht für gekommen erachtet, erscheint eine von den Grundsätzen des revolutionären Sozialismus geleitete Betätigung in den parlamentarischen Körperschaften, sofern dadurch die Forderungen des Klassenkampfes und des sozialistischen Programms nicht geschädigt werden, im Interesse des Proletariats gelegen. Das Proletariat hat die Herrschaft zu ergreifen, sobald es die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse erlauben. Die Entscheidung darüber liegt bei den revolutionären Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten. Jede Putschtaktik einer Minderheit des Proletariats entgegen der Mehrheit desselben lehnen wir entschieden ab." <sup>76</sup>

Zu diesem Zeitpunkt war allerdings schon eine Ebbe der revolutionären Welle eingetreten, wie die Arbeiterzeitung richtig bemerkte. <sup>77</sup>

Innerhalb der Koalitionsregierung kam es immer wieder zu Spannungen. Im Vordergrund stand dabei die Volkswehr. Innerhalb der

Christlichsozialen Partei gab es starke Tendenzen das Heer überhaupt abzuschaffen und, anstelle der Volkswehr, die den Landeshauptleuten unterstellte Gendarmerie bzw. Polizei zu verstärken.

Die Sozialdemokraten lehnten diese Vorschläge entschieden ab, weil sie befürchteten, ihren Einfluß zu verlieren (über die Aufnahme in die Volkswehr entschieden parteimäßig zusammengesetzte Kommissionen - nur Wien hatte einen sozialdemokratischen Landeshauptmann). Auch der Wiener Kreisarbeiterrat befaßte sich mit dieser Materie. In der Diskussion blieb Koritschoner mit der Auffassung, die Soldaten und nicht die Offiziere sollten in der österreichischen Wehrmacht die Kommandogewalt ausüben, allein, d.h. auch die anderen kommunistischen Räte schlossen sich dieser Auffassung nicht an. Nach einigem hin und her kam es daher zu einer einstimmig angenommenen EntschlieÙung: "Unter dem Deckmantel der Forderung der bürgerlichen Parteien nach einer 'unpolitischen' Wehrmacht verbirgt sich die Forderung nach einer Wehrmacht, in den Händen der konservativ-reaktionären Offiziere. Der Kreisarbeiterrat erblickt in der Sicherung der vollkommenen politischen Bewegungsfreiheit der Wehrmänner eine der ersten Voraussetzungen der Erhaltung des republikanischen Charakters der künftigen Wehrmacht. Alle Versuche die politischen Rechte der Wehrmänner einzuengen werden auf den entschiedenen Widerstand der Arbeiterklasse stoßen. Der Arbeiterrat erblickt in der Institution der Soldatenräte eine unentbehrliche Sicherung der republikanischen Grundlage der Wehrmacht."<sup>78</sup> Es ist wohl dieser Resolution zuzuschreiben, daß im Wehrgesetz den Soldatenräten wenigstens Einfluß auf die staatsbürgerliche Erziehung der Soldaten zugestanden wurde.

Solche Teilerfolge können aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Arbeiter- und Soldatenräte an der Wende des Jahres 1919/20 von der erstarkenden Staatsmacht, sprich von der Koalitionsregierung der Sozialdemokraten mit den Christlichsozialen, immer mehr in die Rolle eines praktisch funktionslosen Diskutierklubs gedrängt wurden. Ein Symptom für diese Entwicklung ist, daß sich die Arbeiterräte in den folgenden Jahren fast ausschließlich mit Ereignissen der Politik der Nachbarländer auseinandersetzten und auf die innenpolitischen Ereignisse nur registrierend reagierten. So beschäftigte sich der Wiener Kreisarbeiterrat ausführlich mit dem Kapp-Putsch in Deutschland und rief für den 14. März 1920 zu einer Großkundgebung auf der Ringstraße auf, an der sich auch geschlossen Formationen der Volkswehr beteiligten. Die Kommunisten und die Arbeitsgemeinschaft Revolutionärer Arbeiterräte beantragte bei dieser Gelegenheit den deutschen Mehrheitssozialisten das Mißtrauen auszudrücken. Der Antrag wurde abgelehnt. Angenommen

wurde ein von Dr. Friedrich Adler eingebrachter Antrag, in dem die deutsche Arbeiterschaft aufgefordert wurde, sich einen Arbeiterrat wie in Österreich zu schaffen und eine Volkswehr aufzustellen, um künftigen Putschen vorzubeugen.

Der internationale Gewerkschaftsbund erließ am 20. Juni 1920 einen Aufruf zum Boykott Ungarns wegen des dort herrschenden weißen Terrors verbunden mit antisemitischen Ausschreitungen. Der Boykott dauerte 7 Wochen und wurde von der österreichischen Arbeiterschaft beinahe lückenlos durchgeführt, obwohl sich der Hauptverband der Industrie Deutsch-Österreichs über den "das Wirtschaftsleben schwer schädigenden Verkehrsboykott" wiederholt beschwerte (um die Hetzte der bürgerlichen Presse gegen diesen Boykott zu zähmen, stellten die graphischen Arbeiter sogar den Druck von Artikel, die sich gegen diese Maßnahmen wandten, ein).

Zur selben Zeit stellte der Reichsarbeiterrat zur fortdauernden Rüstung gegen revolutionäre Kreise in Österreich fest: "Der Reichsarbeiterrat protestiert gegen die Rüstungen der Konterrevolution in Deutsch-Österreich selbst. Er stellt fest, daß reaktionäre Klüngel unter passiver oder aktiver Teilnahme christlichsozialer und deutschnationaler Landesregierungsmitglieder in offener Verbindung teils mit der ungarischen, teils mit der bayrischen Konterrevolution in völliger Mißachtung der Bestimmungen des Friedensvertrages Heimwehren organisieren und Bürger und Bauern gegen die Arbeiter mit Kampfmitteln aller Art bewaffnen. Der Reichsarbeiterrat stellt weiters fest, daß die Vertreter der kapitalistischen Westmächte, die gegen jede Arbeiterwehr als eine Verletzung des Friedensvertrages protestieren, gegen die Bewaffnung der Bourgeoisie und der Bauern keine Einwendungen haben...Wenn aber die ungarische Konterrevolution gegen Deutsch-Österreich rüstet und in Deutsch-Österreich selbst die Reaktion sich bewaffnet, dann ist die Arbeiterklasse Deutsch-Österreichs gezwungen, Heimwehren aus verlässlichen Republikanern zu organisieren."<sup>79</sup>

Am 10. Juni 1920 wurde die Koalitionsregierung beendet. Anlaß dafür war der Streit um die Frage, ob Staatssekretär Deutsch selbst Weisung an die Soldatenräte geben können oder ob dafür eine Verordnung der gesamten Regierung notwendig sei. Statt einer Koalitionsregierung wurde eine Proporzregierung gebildet.<sup>80</sup>

Im November 1920 hielt die SDAP ihren Parteitag ab, auf dem der Arbeitsgemeinschaft Revolutionärer Arbeiterräte Gelegenheit gegeben

werden sollte, ihren Standpunkt, der zur Parteimehrheit im Gegensatz stand, zu vertreten. Der Redner der Arbeitsgemeinschaft erklärte auf dem Parteitag, "die SDAP wolle ihr linkes Bein amputieren und mit dem rechten weiterhumpeln" <sup>81</sup> und forderte die Partei zum Anschluß an die Dritte (kommunistische) International auf. Außerdem beschwerten sich die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft einhellig über die mangelnde Meinungsfreiheit innerhalb der Partei. Die Resonanz auf die Erklärungen war ablehnend; eine Mitgliedschaft bei der Arbeitsgemeinschaft Revolutionärer Arbeiterräte wurde mit der Parteimitgliedschaft für unvereinbar erklärt.

Anfang 1921 wurden Neuwahlen zu den Arbeiterräten abgehalten. Das Ergebnis wurde im Jänner bekanntgegeben: SDAP 92,9 %, Kommunistische Partei 4,7 %, Sozialistische Arbeiterpartei (Arbeitsgemeinschaft Revolutionärer Arbeiterräte) 1,4 %, rechte und linke Paale Zion (jüdische Arbeiterpartei) zusammen 0,7 %.

Infolge des Mißerfolges bei den Wahlen vereinigte sich die Sozialistische Arbeiterpartei mit der KPÖ. Die der SDAP angehörenden Arbeiterräte konstituierten sich - ebenfalls als Folge der Wahl - als Fraktion mit eigenem Statut und der dazugehörenden Abstimmungsdisziplin.

Der Wiener Arbeiterrat und der Reichsvollzugsausschuß beschäftigten sich hauptsächlich mit dem "Mitteldeutschen" Aufstand, der von der preußischen Schutzpolizei niedergeschlagen wurde und mit der Rückreise von Karl Habsburg durch Deutsch-Österreich, der von seinem Exil in der Schweiz nach Ungarn geflogen war, um seinen Anspruch auf die Stephanskronen geltend zu machen. Außerdem halfen die Arbeiterräte innerhalb der ihnen verbliebenen Möglichkeiten bei der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung und versuchten Waffentransporte in reaktionäre Staaten zu verhindern. Auch verfolgten die Organe der Arbeiterräte aufmerksam den Versuch der Volkwehr die Grenze nach Ungarn abzusichern, was sehr gut gelang, und die darauffolgende Landnahme des Burgenlandes.

In Wien kam es Ende des Jahres zu einer spontanen Demonstration gegen die Teuerung, die zu Gewalttätigkeiten und Ausschreitungen führte. Der Wiener Arbeiterrat befaßte sich ausführlich mit den Forderungen der Demonstranten und stellte den Verhafteten unentgeltlich Verteidiger bei. Nach Meinungsverschiedenheiten über einen Streik der Eisenbahner, sowie die Besetzung Georgiens durch die Truppen von Sowjet-Rußland und über den Aufstand der Kronstädter Matrosen, die rebelliert und geheime Neuwahlen, Rede- und Pressefreiheit für alle linken sozialistischen

Parteien, Versammlungsfreiheit für alle Gewerkschafts- und Bauernorganisationen, sowie Abschaffung der kommunistischen Kommissare in Armee und Marine gefordert hatten<sup>82</sup> und über die Führung der Neuwahlen zu den Arbeiterräten, legten alle kommunistischen Arbeiterräten noch vor den Neuwahlen, die im Juni 1922 stattfinden sollten, ihre Mandate zurück. Die KPÖ kandidierte bei den Neuwahlen nicht mehr. Die Reichskonferenz der KPÖ erklärte am 22. Juni 1922, "der Arbeiterrat Marke Adler" ist eine Einrichtung, bestimmt zur Diskreditierung der Sowjets, ein Instrument zur planmäßigen Sabotage des proletarischen Klassenkampfes".<sup>83</sup>

Nach den Neuwahlen waren die Arbeiterräte daher wieder eine rein sozialdemokratische Organisation, deren ohnehin schmales Betätigungsfeld von den Betriebsräten und von der Kammer für Arbeiter und Angestellte immer mehr eingeengt wurde. Die letzte Aufgabe, die noch verblieben war, die Stellung und Organisation von Ordnertruppen, die bei den immer wieder aufkommenden Streiks, Demonstrationen et cetera eingesetzt wurden, wurde den Arbeiterräten mit der Gründung des Schutzbundes der SDAP (Genehmigung der Satzung am 12. April 1923) ebenfalls abgenommen. Da die Arbeiterräte damit vollends funktionslos geworden waren, wurde die Organisation vom Parteitag der SDAP im November 1924 in Salzburg aufgelöst.

### **Zusammenfassung:**

Sebastian Haffner sagt über die Haltung der deutschen Sozialdemokratie nach dem ersten Weltkrieg: "Die deutsche Revolution 1918 war eine sozialdemokratische Revolution, die von den sozialdemokratischen Führern niedergeschlagen wurde."<sup>84</sup> Diese Feststellung trifft auch auf die österreichische Sozialdemokratie vollkommen zu: Die SDAP und vor allem der rechte Flügel unter Karl Renner festigte die österreichische Staatsmacht in der Koalitionsregierungen mit den Christlichsozialen. In der Umsturzzeit des Jahres 1918 tat die Partei zunächst alles, um die Räteregierung in Österreich zu verhindern, später war sie systematisch bestrebt, die Macht der Räte immer mehr einzuschränken. Und nachdem die Staatsmacht konsolidiert war, kam was kommen mußte und was die Links-Außen der Sozialdemokratie vorhergesehen hatten<sup>85</sup>, die Staatsmacht entpuppte sich als Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie. Denn: "Zwar der Form nach dient der Parlamentarismus dazu, in der staatlichen Organisation die Interessen der gesamten Gesellschaft zum Ausdruck zu bringen, andererseits ist es aber doch nur eine kapitalistische Gesellschaft, d.h. eine Gesellschaft, in der die kapitalistische (Hervorhebung im Original)

Interessen maßgebend sind, die er zum Ausdruck bringt. Die der Form nach demokratischen Einrichtungen werden dann dem Inhalt nach zu Werkzeugen der herrschenden Klasseninteressen. Dies tritt in greifbarer Weise in der Tatsache zutage, daß sobald die Demokratie die Tendenz hat, ihren Klassencharakter zu verleugnen und in ein Werkzeug der tatsächlichen Volksinteressen zuzuschlagen, die demokratischen Formen selbst von der Bourgeoisie und ihrer staatlichen Vertretung geopfert werden...Der Parlamentarismus erscheint...als ein spezifisches Mittel des bürgerlichen Klassenstaates, die kapitalistischen Gegensätze zur Reife und zur Ausbildung zu bringen." <sup>86</sup>

Wie wenig die austromarxistische Mehrheit der SDAP die realen Machtverhältnisse begriffen hatte, zeigte sich vor allem bei den Diskussionen an Linzer Parteitag 1926, in denen Otto Bauer die Thesen von Max Adler, der eine völlige Ausrichtung der Partei auf die Erreichung der Diktatur des Proletariats forderte, ablehnte und erreichte, daß ins Parteiprogramm folgender auf die einfache Formel "Gewalt nur aus Notwehr" zu bringender Passus enthalten war: "Wenn sich aber die Bourgeoisie gegen die gesellschaftliche Umwälzung, die die Aufgabe der Staatsmacht der Arbeiterklasse sein wird, durch planmäßige Unterbindung des Wirtschaftslebens, durch gewaltsame Auflehnung, durch Verschwörung mit ausländischen gegenrevolutionäre Mächten widersetzen sollte, dann wäre die Arbeiterklasse gezwungen, den Widerstand der Bourgeoisie mit den Mitteln der Diktatur zu brechen."<sup>87</sup> Diese Erklärung zeigt, daß die Austromarxisten ihren Karl Marx schon vollkommen vergessen hatten. Sonst hätten sie wissen müssen, daß "die Gewalt die Geburtshelferin jeder alten Gesellschaftsordnung ist, die mit der neuen schwanger geht" und daß "nur bei einer Ordnung der Dinge, wo es keine Klassen und keinen Klassengegensatz gibt, die gesellschaftlichen Evolutionen aufhören werden politische Revolutionen zu sein."

Die KPÖ betrieb in den Jahren 1918/19 eine ausgesprochen putschistische Politik, gestützt auf nota bene noch von der Partei schlecht organisierten Schichten des Lumpenproletariats, die Führung verfiel in den Fehlern die eigenen Vorstellungen von der Wirklichkeit für wirklich zu halten. Die Putschversuche scheiterten samt und sonders. "Die Folgen dieser Niederlage waren eine scharfe Selbstkritik und Verurteilung der jetzt als 'Revolutionsspielerei' gebrandmarkte Taktik, dann aber innere Auseinandersetzungen, Führungskämpfe und Spaltungen, die wieder dazu beitrugen, daß die KPÖ das Dasein einer kleinen, unbedeutenden Sekte führen mußte."<sup>88</sup> Besonders stark wirkte sich die Säuberung aller Trotzlisten, die vom Lenin-Preisträger Kopenlig durchgesetzt wurde, aus (in

der KPÖ bestanden noch starke zum Trotzkismus neigende Gruppen der linken Paole Zion). "Die inneren Kämpfe bewirkten ein ständiges Fallen der Mitglieder- und Wählerzahlen und selbst die große Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre und das Anwachsen der KPD vermochte den österreichischen Kommunisten keinen entscheidenden Auftrieb zu verleihen." <sup>89</sup>

### **Analyse:**

Aufgabe einer Analyse ist es nicht zu erklären, was gewesen wäre, wenn nicht...sondern zu ermitteln, warum gewesen ist, was gewesen ist. Es stellt sich daher konkret die Frage: Warum entmachtete sich die Sozialdemokratie selbst, warum gelang es der SDAP so leicht ihre Beschwichtigungspolitik durchzusetzen, ohne daß es wie in Deutschland zu einer ernsthaften Spaltung der Arbeiterbewegung, d.h. zu einer starken kommunistischen Partei (bzw. einer Spaltung der Partei schon währen des 1. Weltkrieges - USPD in Deutschland) kam Julius Braunthal, der Chronist der Rätebewegung in Österreich, beantwortete diese Frage recht oberflächlich: "Dank des historischen Zufalls jedoch, der die Partei erst im letzten Kriegsjahr nötigte, in aller Öffentlichkeit vor dem Forum des Parlaments ihre Stellung zum Krieg zu manifestieren, also zu einer Zeit, als bereits die Klärung der widerstreitenden Meinungen infolge der eindeutigen geschichtlichen Erfahrungen zu einem Sieg des internationalen Flügels der Sozialdemokratie geführt hatte, wurde die verhängnisvolle Spaltung der Partei vermieden. Die Arbeiterklasse, die in der Sozialdemokratie organisiert ist, trat in ungebrochener Geschlossenheit in die Revolution ein". <sup>90</sup> Aber die "eigentliche Wirkung des Zufalls liegt nur in der auslösenden und (oder) beschleunigenden Wirkung"<sup>91</sup>, die Frage wird mit dieser Deutung nicht beantwortet.

Grundlage eines Versuches einer Analysen muß die Klassenlage des österreichischen Bürgertums sein, dessen Schwierigkeiten der gesamten österreichischen Gesellschaft wurde (Vgl. dazu den Abschnitt über die Klassenlage der österreichischen Bourgeoisie), weil das deutschsprachige Proletariat der k.u.k. Monarchie sich mit dem imperialistischen Ansprüchen der Bourgeoisie identifizierte und seinerseits den Führungsanspruch über das Proletariat der Monarchie geltend machte (das die Führer der Sozialdemokratie, vor allem Viktor Adler, Pernerstorfer und Austerlitz, nationalistische Erklärungen abgaben und antisemitische Äußerungen machten, die später von den Nationalsozialisten und den christlichsozialen Antisemiten mit Genugtuung zitiert wurden, bestätigt diese These).

Alle wesentlichen Teile des Bewußtseins der österreichischen Bourgeoisie spiegeln sich daher in der Sozialdemokratie: die Integrationsfähigkeit und das verinnerlichte Einigkeitideal sind die Projektion des Bestrebens des Bürgertums die Einheit der Monarchie zu erhalten und die Auswirkung der aus der konservativen Grundhaltung der österreichischen Gesellschaft resultierenden Einstellung; die Abkehr von revolutionären Theorien und der dazugehörigen Praxis ist parallel zu sehen mit der Abkehr des Bürgertums von den Versuchen den Feudalismus zu beseitigen.

Nur aus dieser Sicht ist obige Frage zu beantworten. Obwohl natürlich sicher ist, daß auch eine Reihe von historischen Zufällen wie der schon erwähnte und die Berufung Julius Deutsch's ins k.u.k. Kriegsministerium mitspielten (die Sozialdemokraten brauchten durch die Arbeit von Deutsch nie eine reaktionäre Soldateska zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung einsetzen); einen beschränkten Einfluß hatte auch das geschickte Lavieren der Parteiführung während des Ersten Weltkrieges und die verfehlte Politik der KPÖ (siehe oben).

### **Die Charakteristika des Rätessystems:**

(In diesem Abschnitt wird hauptsächlich auf Dokumente der deutschen Rätebewegung zurückgegriffen, weil diese Materialien leichter zugänglich sind, da sie schon einige Male veröffentlicht wurden, und weil in Deutschland die Ziele der Rätebewegung infolge der dortigen Polarisierung deutlicher formuliert wurden).

Die charakteristischen Merkmale des Rätessystems sind:

1) Die Rätebewegung ist zugleich Mittel und Ziel, d.h. in der Rätebewegung fallen Ziel- und Instrumentalcharakter zusammen. "Als Mittel ist das Rätessystem gleichbedeutend mit der Diktatur des Proletariats. Da gibt's kein Drehen und kein Wenden: und als Ziel ist das Rätessystem doch, wenn mit seiner Hilfe, mit der Diktatur des Proletariats der Sozialismus wenigstens in seinen größten Grundzügen in die Tat, in die Praxis umgesetzt ist - als Ziel ist es die Erfüllung der Demokratie, nämlich die Schaffung der politischen und ökonomischen Gleichheit und Gleichberechtigung." <sup>92</sup>

2) Der politische und der wirtschaftliche Inhalt des Rätessystems sind ident. Denn "...die Trennung von Politik und Ökonomie, Politik und Wirtschaft, wie wir sie bis jetzt in der alten Staatsform hatten, kann durch das Rätessystem nach meinem Dafürhalten völlig beseitigt werden...Denn

schließlich ist das Ziel des Sozialismus nicht, einen Obrigkeitsstaat aufzubauen, der nur sozialistisch angepinselt ist, sondern die Verwirklichung des Sozialismus bedeutet die Vereinigung von Wirtschaft und Politik, die Schaffung eines Staatswesens, das gleichzeitig die große Verwaltungsinstanz ist für die Mitglieder der Gesellschaft." <sup>93</sup>

3) Auch die gesetzgebende und ausführende Gewalt ist innerhalb des politischen Rätessystems identisch.

4) Das Organisationsschema des Rätessystems ist flexibel: "...das Rätessystem kann sich in seinem Aufbau, in seiner Organisationsform niemals als fix und fertiges Gebäude darstellen, es wird vollständig wechseln mit dem Fortschritt, mit der Entwicklung der Revolution. Ich kann wohl ein Parteistatut in Paragraphen ausarbeiten und das darlegen, aber ich kann nicht in einer revolutionären Epoche eine revolutionäre Institution, die erst dem Mutterboden der Revolution wächst, planmäßig darstellen." <sup>94</sup>

Aus diesen vier Grundcharakteristika ergibt sich, daß sich das Rätessystem richtet:

1) Gegen den Parlamentarismus: "In allen Ländern, selbst in den freiesten und demokratischsten, hat das Proletariat die trübsten Erfahrungen machen müssen mit dem Parlament. Überall sind die kapitalistischen Schichten und die Parteien die Sachverwalter derer, die die Regierung in Händen haben, und solange wir diese Demokratie haben, wird das kapitalistische Bürgertum überall, zumindest in seinem moralischen Einfluß überwiegen."<sup>95</sup> Ein späterer Theoretiker der Rätebewegung schreibt über den Parlamentarismus in der BRD: "Das Abhängigkeitsverhältnis zwischen Parlament und Verwaltung hat sich geradezu umgekehrt. So kann das Parlament auch als Sachverständigengremium nicht mehr mit der Bürokratie konkurrieren. Es muß diese um Unterstützung bitten. Wie soll es dann seine Kontrollfunktion gegenüber Bürokratie und Verwaltung noch erfüllen können? Damit haben die Parlamentswahlen ihren ursprünglichen Sinn verloren. Die Bürger entscheiden mit dem Stimmzettel nicht mehr über wesentliche politische Fragen. Sie bestimmen lediglich, von wem sie bis zu den nächsten Wahlen politische Dienstleistungen empfangen wollen. Ihre Freiheit ist also auf die Freiheit, Konsumgüter wählen zu können, beschränkt worden. Angesichts der Tatsache, daß die Parteien den Bürgern alle vier Jahre die Erfüllung ihrer Konsumentenwünsche, Erhöhung ihres Lebensstandards offerieren, kann man sie auch Dienstleistungsparteien nennen." <sup>96</sup>

2) Gegen die Gewerkschaften: Da die Gewerkschaften die Vertretung der organisierten, die Arbeiterräte die Vertretung der gesamten Arbeiterschaft sind: "...Wenn der Parteitag sich zum Rätssystem bekennt, ...ist die Rolle der Gewerkschaften in ihrer bisherigen Form ausgespielt."<sup>97</sup>

3) Gegen die Diktatur über das Proletariat durch bürokratische Apparate welcher Art auch immer: "Nachdem die Verwirklichung der Sowjetidee im Heer gescheitert war, folgte nach und nach der Abbau der Sowjets in der Verwaltung, im Staatsapparat und im Sozial- und Kulturaufbau (in der UdSSR - Anm.des Verf.). Man ging dabei vorsichtig, schrittweise, listig zu Werke, die Preisgabe möglichst verschleiern, die grundsätzliche Schwenkung vertuschend, teils um das eigene schlechte Gewissen zu beruhigen, teils um den Widerstand und das Mißtrauen der Massen nicht zu wecken oder zu reizen. Mit ostentativer Betonung wurde in allen offiziellen Kundgebungen am Lippenbekenntnis zum Sowjet-System festgehalten. Und die Staatsmacht wurde nicht müde, sich als Sowjet-Macht zu deklarieren, selbst als die Macht der Sowjets längst zum lächerlichen Schatten geworden war. Sie wurde schließlich nicht einmal schamrot, als ihr Betrug vor aller Welt offenkundig war und der Sowjet-Stern nur noch den Hohn auf die längst abgedankte Sowjet-Idee krönte...Statt des Staates der sich durch die Sowjets nicht abbauen ließ, wurden die Sowjets durch den Staat abgebaut. Und statt die Bürokratie zum Diener des Volkes zu machen, wurde das Volks wieder zum Sklaven der Bürokratie. Ein umgekehrter König Midas verwandelte alles Gold zu Staub."<sup>98</sup>

# FUSSNOTEN

- 1 Im Rahmen der Abhandlung wird nur die deutschsprachige Bourgeoisie der Monarchie als österreichische Bourgeoisie bezeichnet
- 2 Lukacs Georg: Die Zerstörung der Vernunft, Seite 37
- 3 Lukacs Georg, a.a.O., Seite 50
- 4 So wurde, nachdem durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts 1907 eine slowakische Mehrheit im Reichsrat entstanden war, (233 deutsche Stimmen, 265 slowakische Stimmen) überhaupt nur mehr autoritär mit Hilfe von kaiserlichen Verordnungen regiert.
- 5 Vgl. dazu die Tabelle
- 6 Viktor Adler bezeichnete sich in einem Brief an Engels scherzhaft selbst so.
- 7 Relikte davon sind auch noch in der Sozialdemokratie der Zweiten Republik vorhanden. Beispielsweise erklärte Dr. Karl Renner am 14. Dezember 1950 anlässlich seines 80. Geburtstages: "Weltgeschichtlich hat die Arbeiterklasse schon jetzt gesiegt, wie immer Wellenhoch und Wellental wechseln mögen. Darum lächelt Euren Feinden entgegen: Sie können Euch gar nicht mehr besiegen, die Weltgeschichte ist mit uns! Ich empfinde es als höchstes Glück, den Verlauf meines Lebens mit so viel Sinnhaftigkeit und inner Rechtfertigung erfüllt zu sehen. Wir marschieren unter der Fahne der Weltgeschichte, es ist die Fahne des Sozialismus" zitiert nach Karl Renner, Eine Feierstunde der SPÖ
- 8 Leser Norbert: Zwischen Reformismus und Revolution
- 9 dazu Bauer Otto 1907: "Unverantwortliche Katastrophenpolitik wäre es, die Arbeiter zu verleiten, auf den Zerfall des Reiches ihre Hoffnungen zu setzen."
- 10 Vergleiche dazu etwa: Die österreichische Gewerkschaftsbewegung, IBFG-Monographien, Nr. 3, Seite 29ff
- 11 Bernstein Eduard: Die Voraussetzungen des Sozialismus, Seite 130
- 12 ebenda Seite 13. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß im Hainfelder Programm der Sozialdemokratie Passagen wie die folgende enthalten waren: "Ohne sich über den Wert des Parlamentarismus, einer Form moderner Klassenherrschaft, irgendwie zu täuschen, wird sie (die Sozialdemokratie, Anm.d.Verf.) das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechts...anstreben." (zitiert nach Brügel, Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie, Seite 400ff)
- 13 Zur Kritik der Sozialdemokratie nach dem Zweiten Weltkrieg vgl.:
  - A) Buttinger Josef: Am Beispiel Österreich
  - B) Shell Kurt: Jenseits der Klassen
  - C) Burian Wilhelm, Siegert Michael, Holzinger Lutz: Kreisky wohin?Als bislang letzter Höhepunkt dieser Entwicklung muß wohl eine Erklärung von Karl Czenez in der "Zukunft" 19-20/1971 anlässlich des Wahlsieges der SPÖ angesehen werden, in der offen zugegeben wird, daß die SPÖ die Verwirklichung des Sozialismus auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben hat: "...Zur Schaffung neuer sozialistischer Gesellschaftsstruktur im Sinne unseres Grundsatzprogramms (Parteiprogramm 1958, Anm. d. Verf.) haben wir kein Mandat verlangt und haben wir keines erhalten."
- 14 Bernstein Eduard, a.a.O. Seite 12ff
- 15 Marx Karl: Lohn,Preis,Profit, Seite 95
- 16 Renner wurde von Friedrich Adler bei der Verhandlung vor dem Ausnahmegericht so bezeichnet
- 17 Die österreichische Gewerkschaftsbewegung, a.a.O. Seite 50
- 18 ebenda Seite 51
- 19 Kaiser Wilhelm über die deutschen Sozialdemokraten

- 20 Die österreichische Gewerkschaftsbewegung, a.a.O. Seite 52
- 21 ebenda Seite 55
- 22 ebenda Seite 55
- 23 Vgl. dazu: Otto Bauer: Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie
- 24 Zitiert nach Hans Hautmann: Die Kriegslinke, Seite 31
- 25 ebenda Seite 31. Vgl. dazu auch Werner Hoffmann: "Ideengeschichte der sozialen Bewegung" Seite 173ff., hier zitiert nach einer Schulungsbroschüre des Verbandes Sozialistischer Mittelschüler: "Im Unterschied zum deutschen Revisionismus hat der Austromarxismus sich weiter der Vokabel von Marx bedient. Auch soll das Ziel des Sozialismus im Sinne der klassenlosen Gesellschaft sein. Aber diese Gesellschaft wird nach Auffassung des Austromarxismus nicht im Klassenkampf verwirklicht; sie kommt, da mit Notwendigkeit, von selbst. Meinten die deutschen Revisionisten, mit dem Sozialismus habe es noch eine gute Weile, so erklärten die Austromarxisten: der Sozialismus ist schon da!"
- 26 Zitiert nach Max Adler: Grundlegung der materialistischen Geschichtsauffassung, Seite 15
- 27 Die österreichische Gewerkschaftsbewegung, a.a.O. Seite 56ff
- 28 Flugblatt des Spartakusbundes in Deutschland "Am Montag, dem 18. Januar 1918 beginnt der Massenstreik!" zitiert nach: Die Rätebewegung, Seite 14
- 29 Zitiert nach: Rolf Reventlow: Zwischen Alliierten und Bolschewiken, Seite 41
- 30 ebenda Seite 38
- 31 ebenda Seite 40
- 32 Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes und des Wiener Vorstandes der SDAP, sowie der Gewerkschaftskommission vom 1. Juni 1917
- 33 Die österreichische Gewerkschaftsbewegung, a.a.O. Seite 58
- 34 ebenda Seite 58
- 35 ebenda Seite 58
- 36 ebenda Seite 58
- 37 ebenda Seite 59ff
- 38 Zitiert nach: Heinrich Benedikt, Die Geschichte der Republik Österreich, Seite 42
- 39 Verteilung der Sitze: SDAP 69, Christlichsoziale 63, Großdeutsche 24
- 40 Rolf Reventlow, a.a.O. Seite 53
- 41 ebenda Seite 51
- 42 ebenda Seite 55
- 43 ebenda Seite 51
- 44 Julius Braunthal: Rätediktatur oder Demokratie
- 45 Julius Braunthal: Die Arbeiterräte in Deutsch-Österreich, Sozialistische Bücherei, Heft Nr. 13, Wien 1919, Seite 21
- 46 In Otto Bauer: Der Weg zum Sozialismus, Seite 14 ff. Vergleiche dazu Otto Rühle: "Wo ist dieser demokratische Staat? Wo besteht die Demokratie, die einen solchen Sozialisierungsprozeß gestattet?...Denn niemals ist es Zweck der Demokratie, in den Händen kapitalfeindlicher Gesellschaftsgruppen oder Klassen zum Werkzeug der Überwindung des Kapitalismus zu werden (Zitiert nach Bauplänen für eine neue Gesellschaft, rororo Klassiker Nr. 268, Reinbeck 1971, Seite 114)
- 47 Vergleiche dazu: Karl Czenetz verteidigte in der "Zukunft" das Wirtschaftsprogramm der SPÖ, das die geplante Entwicklung des österreichischen Kapitalismus zum Inhalt hat, damit, daß zur Verwirklichung des Sozialismus erst die volle Entwicklung des Kapitalismus notwendig sei.
- 48 Karl Renner: Einige Erfahrungen des Klassenkampfes
- 49 Max Adler: Demokratie und Rätssystem

- 50 ebenda Seite 4ff  
51 ebenda Seite 9  
52 ebenda Seite 32  
53 ebenda Seite 40  
54 Julius Braunthal: Die Arbeiterräte in Deutsch-Österreich, a.a.O. Seite 44ff  
55 Rolf Reventlow, a.a.O. Seite 70  
57 Julius Braunthal: Doe Arbeiterräte in Deutsch-Österreich, a.a.O. Seite 47 ff  
58 ebenda Seite 47  
59 Die österreichische Gewerkschaftsbewegung, a.a.O. Seite 66  
60 ebenda Seite 71. Als Erläuterung zu dieser Behauptung mögen Beispiele aus der gegenwärtigen Judikatur genügen: Ein Entlassungsgrund für ein Betriebsratsmitglied ist, wenn er selbst Eigentümer, Vervielfältiger, verantwortlicher Redakteur und Kolporteur einer Zeitschrift ist, die einen gegen die Firmenleitung gerichteten Artikel enthält (VwGH, ArbSlg. 6071; EA Graz, ArbSlg. 5872); Die Verteilung von Flugblättern beleidigenden Inhalts gegenüber dem Betriebsinhaber (VwGH, ArbSlg. 6158). (Zitiert nach Betriebsrätesetz, Schriftenreihe des ÖGB Nr. 6, hier zitiert nach der ergänzten Auflage, Wien 1967, Seite 149ff).
- 61 Julius Braunthal: Die Arbeiterräte in Deutsch-Österreich, a.a.O. Seite 46  
62 ebenda Seite 47 ff  
63 ebenda Seite 50  
64 ebenda Seite 51  
65 ebenda Seite 53  
66 ebenda Seite 16  
67 ebenda Seite 15  
68 ebenda Seite 17  
69 ebenda Seite 25  
70 ebenda Seite 34  
71 ebenda Seite 30ff  
72 ebenda Seite 38  
73 Rolf Reventlow, a.a.O. Seite 98  
74 ebenda Seite 101  
75 ebenda Seite 107  
76 ebenda Seite 110  
77 Arbeiter-Zeitung vom 9. Dezember 1919  
78 Rolf Reventlow, a.a.O. Seite 116  
79 ebenda Seite 121  
80 Im Oktober 1920 waren Wahlen mit folgendem Ergebnis abgehalten worden:  
79 Christlichsoziale, 62 Sozialdemokraten, 18 Großdeutsche, 1 bürgerlicher Demokrat (Graf Czernin)  
81 Rolf Reventlow, a.a.O. Seite 125  
82 Der Aufstand wurde von Leo Trotzki und General Tuchatschewski niedergeschlagen. Vgl. dazu: Kritik des Anarchismus  
83 Rolf Reventlow, a.a.O. Seite 138  
84 Sebastian Haffner: Die verratene Revolution, Seite 10  
85 Vgl. dazu: Max Adler "Demokratie und Rätssystem", a.a.O. und Rosa Luxemburg "Politische Schriften 1"  
86 Rosa Luxemburg, A.a.O. Seite 80  
87 Zitiert nach: Geschichte der Republik Österreich, a.a.O. Seite 448  
88 ebenda Seite 472  
89 ebenda Seite 472. Zur Geschichte der KPÖ vgl. auch Hans Hautmann: Die verlorene Räterepublik. Es ist auch nicht uninteressant den Werdegang eines Teils der KP-Prominenz zu verfolgen: Franz Werfel wurde ein gläubiger Katholik

vom Scheitel bis zu Sohle; sein Freund war Bundeskanzler Schusnigg. Karl Toma hingegen lief 1938 zur NSDAP über und wurde Bürgermeister von Eichgraben. Elfride Friedländer (Ruth Fischer) wurde nach dem Sieg des Nationalsozialismus Agentin des US-Geheimdienstes, betraut vor allem mit der Aufgabe, "Kommunisten" zu entlarven (alle Angaben Jaque Hannak in der Zukunft 22/1971 Seite 24 ff)

- 90 Julius Braunthal: Die Arbeiterräte in Deutsch-Österreich, a.a.O. Seite 4
- 91 Max Adler: Natur und Gesellschaft a.a.O. Seite 112
- 92 Ernst Däuming: Das Rätssystem, Seite 24
- 93 ebenda Seite 8
- 94 ebenda Seite 5
- 95 ebenda Seite 10
- 96 Wilfried Gottschalch: Parlamentarismus und Rätedemokratie, Seite 70
- 97 Rede von Ernst Däuming: Hie Gewerkschaften, Seite 4
- 98 Otto Rühle: Schriften, Seite 26ff

## LITERATUR

**Abendroth Wolfgang:** Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, edition suhrkamp Nr. 106, Frankfurt am Main 1965

**Adler Max:**

Die solidarische Gesellschaft, Europa-Verlag, Wien 1964

Grundlegung der materialistischen Geschichtsauffassung, Europa-Verlag, Wien 1964,

Natur und Gesellschaft, Europa Verlag, Wien 1964

**Bauer Otto:**

Der Weg zum Sozialismus, Sozialistische Bücherei, Heft Nr. 1, Wien 1919

Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie - Die österreichische Revolution, Wiener Volksbuchhandlung, Wien 1919

**Heinrich Benedikt Heinrich (Hrsg):** Die Geschichte der Republik Österreich, Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1954,

**Bernstein Eduard:**

Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, rororo-Klassiker Nr. 252, Hamburg 1969

**Betriebsrätegesetz:** Schriftenreihe des ÖGB Nr. 6, achte ergänzte Auflage, Wien 1967

**Braunthal Julius:** Die Arbeiterräte in Deutsch-Österreich, Sozialistische Bücherei, Heft Nr. 13, Wien 1919

Rätediktatur oder Demokratie, Sozialistische Bücherei, Heft Nr. 2, Wien 1919

**Brügel J.:**

Der Fall Georgien in der "Zukunft", Heft 13-14/1971

Friedrich Adler vor dem Ausnahmegericht, Europa-Verlag, Wien 1969

**Burian Wilhelm:** Kreisky wohin? "Neues Forum" Nr. 210/1/2/1971

**Buttinger Josef:** Am Beispiel Österreichs Köln 1954

**Däumling Ernst:**

Das Räte-system- Reden auf dem Parteitag der USPD

am 4. und 5. März 1919, o.J. (1919) Berlin

Hie Gewerkschaften - Hie Betriebsorganisation!, o.J. (1919) Berlin

Die Rätebewegung 1 - rororo Klassiker Nr. 277, Hamburg 1971

**dtv-Atlas zur Weltgeschichte:** Band 2, dtv Nr. 3002, München 1966

**Engels Friedrich:**

Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft

Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft

**Gottschalch Wilfried:** Parlamentarismus und Räte-demokratie, Rotbuch 10,

Klaus-Wagenbach-Verlag, Berlin 1968

**Haffner Sebastian:** Die verratene Revolution, Bern-München-Wien 1969

**Hannak J.:** An der Wiege des österreichischen Kommunismus in der "Zukunft"  
22/1971 Seite 24 ff

**Hannover-Drück Elisabeth/ Hannover Heinrich:** Der Mord an Rosa Luxemburg  
und Karl Liebknecht, edition-suhrkamp Nr. 233,  
Frankfurt am Main 1969

**Harms:** Geschichte und Kulturatlas, Paul-List-Verlag, München 1969

**Hautmann Hans:**

Die Kriegslinke in der Sozialdemokratischen Partei Österreichs zwischen  
1914 und 1918 in der "Zukunft" 13-14/1971

Die verlorene Räterepublik (Am Beispiel der Kommunistischen Partei  
Deutsch-Österreichs), Europa-Verlag, Wien 1971

**Hofmann Hans:** Krisengeschichte der sozialen Bewegung

**Holtzinger Lutz:** Kreisky wohin? "Neues Forum" Nr. 210/1/2/1971

**Kautsky Karl:** Georgien - eine sozialdemokratische Bauernrepublik (Eindrücke und  
Beobachtung), Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien 1921

**Klenner Fritz:** Die Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung,  
IBFG-Monographien Nr. 3, Wien-Brüssel 1954

**Kritik des Anarchismus:** "Kursbuch" 14/1968, Frankfurt am Main

**Kritik der Zukunft:** "Kursbuch" 14/1968, Frankfurt am Main

**Lasalle Ferdinand:** Aus seinen Schriften und Reden, Europa-Verlag 1964

**Leichter Otto:**

Glanz und Ende der ersten Republik, Europa-Verlag, Wien 1969

Austromarxistische Fußnoten (Zu Otto Bauer's dreißigstem Todestag am 6.  
Juli 1968), "Neues Forum" 174/175/1968

**Lenin Wladimir Iljitsch:** Der "linke Radikalismus", die Kinderkrankheit des Kommunismus, Marxistische Taschenbücher, Frankfurt am Main, 1970  
Für und wider die Bürokratie, rororo Klassiker, Hamburg 1971  
**Leser Norbert:** Zwischen Reformismus und Revolution, Europa-Verlag, Wien 1969  
**Lukacs Georg:** Die Zerstörung der Vernunft, Neuwied-Verlag 1969, Berlin  
**Luxemburg Rosa:** Politische Schriften 1, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main 1969

**Marx Karl:**

Das Elend der Philosophie  
Das Kapital, Kröner-Verlag, Stuttgart 1965  
Kritik des Gothaer Programms, Dietz-Verlag, Berlin 1964  
Lohnarbeit und Kapital/Lohn, Preis, Profit - Marxistische Taschenbücher, Frankfurt am Main 1970  
Texte zur Methode und Praxis 2 (Pariser Manuskripte)  
rororo Klassiker Nr. 209, Leck/Schleswig 1966

**Neubaer Helmut und Tankred Horst:** Die Münchner Räterepublik, suhrkamp-Verlag, Frankfurt am Main 1969

**Renner Karl:**

1870-1970: Eine Feierstunde der SPÖ, Wien 1970  
An der Wende zweier Zeiten, Wien 1964  
Die Volksernährung im Krieg  
Einige Erfahrungen des Klassenkampfes in "Kampf", April 1928  
Marxismus, Krieg und Internationale  
Österreichs Erneuerung

**Reventlow Rolf:**

Zwischen Alliierten und Bolschewiken (Die Arbeiterräte in Österreich 1918-1923), Europa-Verlag 1969, Wien

**Rühle Otto:** Baupläne für eine neue Gesellschaft, rororo-Klassiker Nr. 188, Hamburg 1971  
Schriften, rororo-Klassiker Nr. 257, Hamburg 1971

**Schneider Dieter/Kuda Rudolf:** Mitbestimmung, dtv-Report Nr. 606, München 1969

**Shell Kurt L.:** Jenseits der Klassen (Österreichs Sozialdemokraten nach 1934), Europa-Verlag, Wien 1969

**Siegert Michael:** Kreisky wohin? "Neues Forum" Nr. 210/1/2/1971

**Trotzki Leo:**

Die Geschichte der russischen Revolution, Fischer Verlag 1967  
Stalin (Eine Biographie), rororo-Klassiker Nr. 283, Hamburg 1971

1918: Räte in Deutschland

# 1918: RÄTE IN DEUSCHLAND

Richard Müller war als Mitglied der Berliner "revolutionären Obleute" an der Organisierung der Streikaktivitäten 1916 und 1918 in Deutschland beteiligt. In den revolutionären Novembertagen wurde Müller zum Vorsitzenden der ArbeiterInnen- und Soldaten-Räte in Berlin gewählt. Nach der Niederlage der Revolution trat er der jungen KPD bei. Im Zuge der Stalinisierung der Partei zieht sich Müller aus dem politischen Leben zurück. Danach verliert sich seine Spur. Der vorliegende Text wurde aus einer Broschüre unserer deutschen Schwesterpartei, der Sozialistischen Alternative SAV, übernommen.

## DAS RÄTESYSTEM IN DEUSCHLAND

von Richard Müller

### 1) Entstehung des Rätegedankens

Der Rätegedanke und die Arbeiterräte werden des öfteren als spezifisch russische Erscheinung bezeichnet. Das beruht auf einer Verkennung der objektiven Ursachen dieses neuen Gedankens. Der Rätegedanke ist eine Ausdrucksform des proletarischen Klassenkampfes, der proletarischen Revolution, die sich im entscheidenden Stadium befindet. Man könnte allerdings aus der Revolutionsgeschichte früherer Jahrhunderte ähnliche Erscheinungsformen nachweisen; doch darauf will ich im Rahmen dieser Arbeit verzichten.

Im Jahre 1905 brach die erste Periode der russischen Revolution an. Bis zu dieser Zeit duldete der Zarismus keine Arbeiterorganisationen. Er unterdrückte die Gewerkschafts- wie auch die politische Parteioorganisation. Nicht unterdrücken konnte er aber die vom Kapitalismus selbst geschaffenen Organisationsgebilde der Arbeiter in den Großbetrieben. Hier führte die entwickelte kapitalistische Produktionsform die Arbeiter zu großen Massen zusammen. Ohne organisatorisch fest verbunden zu sein, lösten die gemeinsamen Interessen der in den Großbetrieben zusammengeballten Arbeitermassen einheitliche Willensbekundungen aus. Trotzdem der Zarismus bis zum Jahre 1905 mit unerhörter Gewalt jede Regung der Arbeiterschaft, auch innerhalb der Großbetriebe, zu unterdrücken versuchte, flammte 1905 die revolutionä-

re Arbeiterbewegung auf, als sich die ersten Zeichen des Zusammenbruchs des Zarismus bemerkbar machten. In den Großbetrieben wurden Fabrikkomitees, die Arbeiter-Deputierten-Räte gewählt. Diese bildeten die Kerntruppe der revolutionären Bewegung. Damit schuf sich die proletarische Revolution in Russland ihre eigene Kampforganisation; ohne jede Vorbereitung wuchs sie aus den Verhältnissen heraus.

Man hört heute sagen: das, was in Russland aus den Verhältnissen herauswachsen musste, komme für die westeuropäischen Länder mit ihrer entwickelten Gewerkschaftsbewegung nicht in Frage. Wir sehen aber auch in diesen Ländern die gleichen Ursachen und die gleichen Erscheinungen. Selbst in England, dem Lande der ältesten und festgefügtsten Gewerkschaftsorganisation, werden heute sehr häufig ökonomische Kämpfe geführt mit Hilfe der shop stewards, die sich im Gegensatz befinden zu der alten Gewerkschaftsorganisation. Auch hier schafft sich die Arbeiterschaft neue Kampforgane, die den revolutionären Verhältnissen gerecht werden. Selbst in England bricht sich der Rätegedanke Bahn als neue Ausdrucksform des proletarischen Klassenkampfes. Die alten Gewerkschaften bezeichnen sich auch als proletarische Klassenkampforganisationen.

Zweifellos sind sie es auch, aber sie entsprechen nicht den Erfordernissen des revolutionären Klassenkampfes, der sich jetzt in allen kapitalistischen Staaten mehr oder weniger stark auszuwirken beginnt. Diese neuen revolutionären Kampforganisationen bilden sich in den westeuropäischen Ländern nicht nur gegen den Willen der bürgerlichen Gesellschaft, sondern auch gegen den Willen der Führer der bestehenden Kampforganisationen des Proletariats; eine Erscheinung, auf die ich später zu sprechen komme.

Was sich in Russland und England entwickelte, finden wir auch in Deutschland. Wenn auch die Ursachen dieser Erscheinungen die gleichen sind, so sind die Formen ihrer Auswirkung äußerlich doch verschieden. Als sich im November 1918 in Deutschland die neue proletarische Kampforganisation in den Arbeiterräten bildete, da bezeichnete man diese als die Nachahmung "bolschewistischer Methoden". Diese neuen Kampforganisationen bildeten sich aber nicht erst als Folgewirkung der Novemberereignisse, sondern wurden bereits früher, während des Krieges, geschaffen, als der Novemberzusammenbruch noch nicht bevorstand. Sie ergaben sich aus den ökonomischen Auswirkungen des Krieges, aus der Unterdrückung jeder freien Regung der Arbeiterschaft durch die

Handhabung des Belagerungszustandes und aus dem vollständigen Versagen der Gewerkschaften wie auch der politischen Parteien. Die Gewerkschaften waren in ihrer Tätigkeit gehemmt durch den Belagerungszustand und wurden außerdem von der Gewerkschaftsbürokratie der Kriegspolitik dienstbar gemacht. Die politische Partei der Arbeiterschaft war gespalten. Während ein Teil sich rückhaltlos für die Kriegspolitik der Regierung einsetzte, war der andere Teil zu schwach, um einen Widerstand zu leisten. Der politisch gereifte und revolutionär gesinnte Teil der Arbeiterschaft suchte nach neuen Formen des proletarischen Klassenkampfes, suchte sich dazu neue Kampforganisationen. Diese Bestrebungen zeigten sich zuerst in den Großbetrieben und fanden hier auch festere Formen.

Als im Juli 1916 ganz plötzlich 55.000 Berliner Arbeiter in den Streik traten, nicht, um ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, sondern aus politischen Gründen, da konnte die bürgerliche Gesellschaft, aber noch mehr die Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften diese unerhörte Tatsache gar nicht begreifen. Diese Tatsache stellte alle bisher in der Arbeiterbewegung gemachten Erfahrungen einfach auf den Kopf. Wo lagen die Ursachen? Wer hatte diesen Streik vorbereitet und geleitet? Um die erste Frage kümmerte sich die bürgerliche Gesellschaft wie auch die Führer der Gewerkschaften wenig. Sie sahen oder wollten nicht sehen, welche revolutionären Tendenzen der Krieg und die brutale Unterdrückung der Arbeiterklasse auslösen musste. Dafür suchten sie mit allen Mitteln die Leiter dieser Bewegung zu fassen. Diese saßen in den Großbetrieben, bei der Firma Ludwig Loewe, in den Schwarzkopfwerken usw.. Es waren Arbeiter, die sich zu "Fabrikkomitees" zusammengeschlossen hatten, die wirkten, wie die Fabrikkomitees der Petersburger Großbetriebe im Jahre 1905, ohne deren Tätigkeit gekannt zu haben. Der politische Kampf im Juli 1916 konnte nicht mit Hilfe der Parteien und Gewerkschaften geführt werden. Die Führer dieser Organisationen waren Gegner eines solchen Kampfes; sie haben auch nach dem Kampf dazu beigetragen, die Leiter dieses politischen Streiks der Militärbehörde ans Messer zu liefern. Diese "Fabrikkomitees", die Bezeichnung ist nicht ganz zutreffend, kann man als die Vorboten der heutigen revolutionären Arbeiterräte in Deutschland bezeichnen. Der Rätegedanke schlug damals, aus den Verhältnissen geboren, in Deutschland seine ersten Wurzeln. Was sich im Juli 1916 offenbarte, entwickelte sich weiter und wirkte sich aus durch den großen politischen Generalstreik im April des Jahres 1917, an dem 300.000 Arbeiter teilnahmen, und weiter in dem großen, politischen Generalstreik im Januar und Februar 1918, an dem sich über 500.000 Arbeiter beteiligten.

Diese Kämpfe wurden nicht getragen und geführt von den bestehenden Partei- und Gewerkschaftsorganisationen. Hier zeigten sich die Ansätze einer dritten Organisation, die der Arbeiterräte. Die Großbetriebe waren die Träger der Bewegung. Dort saßen auch die führenden Männer der Bewegung, die wohl gewerkschaftlich und politisch organisiert waren, ja, in diesen Organisationen häufig selbst Funktionen bekleideten, aber dazu übergehen mussten, neue, proletarische Kampforganisationen zu schaffen. Bei all diesen Kämpfen ist niemals die Bezeichnung "Arbeiterräte", oder "Rätesystem" oder "Räteorganisation" angewandt worden.

Nach dem großen Generalstreik vom Januar und Februar 1918 wurden die Vorbereitungen zum gewaltsamen Sturz des alten Regimes getroffen. Damit will ich aber nicht sagen, dass die Novemberrevolution "gemacht" worden sei. Die objektiven Ursachen dieser Revolution liegen in dem militärischen, politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands. Es ließ sich bereits Anfang des Jahres 1918 der Zeitpunkt dieses Zusammenbruches voraussehen. Da galt es, die in der Arbeiterschaft aufgespeicherte, revolutionäre Energie zu konzentrieren, sie nicht in Einzelaktionen zersplittern zu lassen, sondern sie zu halten und im gegebenen Falle geschlossen zum Sturze des alten Regimes einzusetzen. Bei diesen Vorbereitungen zeigte es sich wieder, dass der Großbetrieb der geeignete Ort war, wo sich die revolutionären Energien der Arbeiterschaft am besten konzentrieren ließen. Bei all diesen Vorbereitungen ist niemals der Gedanke erwähnt worden, welche Organisation nach dem erfolgreichen Kampfe, nach dem Sturz des alten Regimes geschaffen werden sollte. Man kümmerte sich wenig darum, was nach dem Kampfe werden sollte. Es galt zunächst, den Kampf vorzubereiten und erfolgreich durchzuführen. Als dann der Novemberzusammenbruch kam, da wuchsen die Arbeiterräte aus den revolutionären Verhältnissen heraus, auch dort, wo niemals zuvor an diesen Umsturz gedacht worden war.

Diese kurze Darstellung der Entwicklung zeigt uns, dass der Rätegedanke keine spezifisch russische Erscheinung ist, sondern dass er als neue Organisationsform des proletarischen Klassenkampfes aus der Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse herausgewachsen ist. Der Daseinskampf der Arbeiterklasse förderte nicht in den bestehenden Organisationen die Ideen der Klassengemeinschaft und des Zusammengehörigkeitsgefühls, sondern da, wo große Massen unter dem gleichen Drucke standen. Die Tätigkeit der Arbeiterorganisationen war gehemmt durch äußere Gewalt und innere Widersprüche. Dazu kam, dass diese Organisationen große Teile der Arbeiterklasse nicht erfasste. Anders stand es in den durch die kapitalistische Produktionsform geschaffenen

großen Fabrikbetrieben. Hier fanden sich die Proletarier, unbekümmert ihrer religiösen und politischen Überzeugung zu einer Schicksalsgemeinschaft zusammen. Hier lagen die Wurzeln der neuen Organisationsform, die des Rätegedankens.

Obwohl die Gemeinschaftsinteressen des Proletariats mit elementarer Gewalt eine neue Idee erzeugten, blieb diese in ihrer praktischen Auswirkung zunächst unklar, und um das Wesen und die Ziele der Arbeiterräte, als Ausdrucksform dieser neuen Idee, entbrannte der Kampf, der bis zum heutigen Tage noch keine Klärung gebracht hat. Warum es so ist und sein muss, will ich im folgenden Abschnitt darzulegen versuchen.

## **2) Demokratie oder Räteystem**

Obwohl die deutsche Sozialdemokratie jahrzehntelang den Sozialismus lehrte, obwohl sie sich ein Programm gab, das die Aufhebung jeder Klassenherrschaft forderte und dazu den proletarischen Klassenkampf als das Mittel ansah, obwohl sie zur stärksten politischen Partei anwuchs und vom Bürgertum stark gefürchtet wurde, vermochte sie doch nicht, ihr Programm zu verwirklichen, als dem Proletariat im November 1918 die politische Macht zufiel. Es wurde zur furchtbaren Wahrheit, was Friedrich Engels in seiner Kritik des Entwurfes zum Erfurter Programm am 29. Juli 1891 vorausgesagt hat. Engels verwies u.a. auf den Opportunismus, der sich in der Sozialdemokratie zeigte, er verwies auf den Mangel des Erfurter Programms, das u.a. der Ansicht Raum gab, als sei in Deutschland eine friedliche Entwicklung zum Sozialismus möglich. "Eine solche Politik kann nur die eigene Partei auf die Dauer irreführen. Man schiebt allgemeine, abstrakte, politische Fragen in den Vordergrund und verdeckt dadurch die nächsten konkreten Fragen, die Fragen, die bei den ersten großen Ereignissen, bei der ersten politischen Krise sich selbst auf die Tagesordnung setzen. Was kann dabei herauskommen, als dass die Partei plötzlich im entscheidenden Moment ratlos ist, dass über die entscheidendsten Punkte Unklarheit und Uneinigkeit herrscht, weil diese Punkte nie diskutiert worden sind..."

Die opportunistische Kriegspolitik der Mehrheitssozialdemokratie zeigte mit erschreckender Deutlichkeit die Abkehr von den revolutionären Grundsätzen des Sozialismus, führte zur Spaltung der Partei und damit zur Lähmung der Aktion der Arbeiterklasse. Diese opportunistische Kriegspolitik zeigte, wie stark sich der größte Teil der deutschen Sozialdemokratie an das Bürgertum anlehnte, was mit einer scheinsozialistischen Ideologie zu rechtfertigen versucht wurde.

Als dann im November 1918 die bürgerliche Gesellschaft den sozialistischen Parteien die Macht überlassen musste, da siegte innerhalb dieser Parteien abermals die opportunistische Richtung, die sich zur Demokratie bekannte und deren politische Ausdrucksform, die Nationalversammlung, forderte, während nur ein kleiner Teil sich scharf gegen die Demokratie wandte und das Räteresystem als Mittel zur Überwindung des kapitalistischen Klassenstaates und zur Verwirklichung des Sozialismus für notwendig hielt.

Abermals zeigte sich die Wahrheit der Engelschen Worte: Die Sozialdemokratie hatte wohl den proletarischen Klassenkampf geführt, aber immer nur allgemein Fragen dabei in den Vordergrund gestellt, während die großen Fragen, die sich bei einer politischen Krise von selbst auf die Tagesordnung stellen, niemals erörtert worden waren. Und diese große Frage stand im November 1918 plötzlich vor der Sozialdemokratie. Sie wurde nicht entschieden, wie es Karl Marx oder Friedrich Engels gefordert haben; die Mehrheit der Sozialdemokratie entschied sich für die formale Demokratie und damit für ein bürgerliches Ideal.

Allgemein ist der Begriff der Demokratie der Begriff der politischen Gleichberechtigung. Damit wird sie zum Höhepunkt der politischen Ideologie des Bürgertums und der Intellektuellen, die ihr politisches Ideal der Freiheit und Gleichheit verwirklicht sehen. Die Demokratie bedeutet für diese Schichten die Vollendung der gesellschaftlichen Solidarität, die sich aus der politischen Gleichberechtigung ergeben soll. Diese Ideologie erfasst nicht nur das Bürgertum, sondern auch große Massen des Proletariats unter Führung der alten Sozialdemokratie.

Die Demokratie, die politische Gleichberechtigung bringt der Menschheit nicht die Freiheit und Gleichheit. Als vor mehr als 130 Jahren die Ideale der großen französischen Revolution, die demokratischen Ideale: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, die ganze Menschheit mit neuer Hoffnung erfüllten, mochten sie ihre historische Berechtigung gehabt haben. Die Menschheit wurde befreit von den Fesseln des Feudalismus, aber sie musste auf sich nehmen die weit schwereren des Kapitalismus. In den demokratischen Staatsgebilden sahen wir jahrhundertlang die Schreckensbilder der Not der breiten Massen, sahen wir die furchtbarsten Klassenkämpfe; unter der kapitalistischen Wirtschaft bleibt die politische Gleichberechtigung ein leerer Wahn. Kann man von Freiheit reden, wenn der Arbeiter seine Arbeitskraft dem Unternehmer verkaufen muss, wenn der Besitzende den Besitzlosen ausbeutet? Erweist sich die Idee der Demokratie nicht als ein Betrug, wenn die Gleichheit vor dem Gesetz

bestenfalls zur Freiheit der Beherrschung und der Ausbeutung der werktätigen Bevölkerung durch den Kapitalismus wird? Wird nicht die Freiheit im kapitalistischen Staatswesen zur Freiheit des Verhungerns, und die Brüderlichkeit zur Heuchelei, zur schmachvollen Wohltätigkeitsprotzerei? Treffend hat Karl Marx die kapitalistische Demokratie gezeißelt, als er in seiner Analyse der Erfahrungen der Kommune sagte: Der geknechteten Klasse wird in einigen Jahren einmal gestattet, darüber zu entscheiden, welche Vertreter der herrschenden Klasse im Parlament sie ver- oder zertreten sollen.

Das Proletariat muss die formale Demokratie zu überwinden suchen. Es kann sich nicht mit der politischen Gleichberechtigung begnügen, es muss die wirtschaftliche Gleichberechtigung, die Aufhebung des Eigentums an den Produktionsmitteln erstreben. Dieses Ziel ist nicht zu erreichen durch den parlamentarischen Kampf, sondern durch den Klassenkampf, durch die Aktion der Massen. Das Proletariat muss sich die sozialistische Demokratie, die politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung erkämpfen; nur dann ist die klassenlose sozialistische Gesellschaft, die völlige Befreiung der Menschheit möglich.

Der Kampf gegen die formale Demokratie ist aber gleichzeitig der Kampf gegen den demokratischen Staat, der sich der formalen Demokratie bedient zur Unterdrückung einer Klasse. Auch im demokratischen Staat sehen wir das Herrschaftsorgan der besitzenden Klasse, das wir zerbrechen müssen.

Im demokratischen Staat bleibt die Demokratie eingeengt durch die Ausbeutung, wird zur Diktatur der besitzenden Klasse über die Mehrheit des Volkes. Das Proletariat wird gehindert, sich der politischen Gleichberechtigung zu bedienen, wird durch die Macht der kapitalistischen Tagespresse zum Stimmvieh herabgedrückt. Es darf wie Karl Marx so treffen sagte, alle paar Jahre Vertreter ins Parlament wählen, die die Interessen des Proletariats "zertreten".

Die revolutionären Sozialisten erkannten im November 1918, dass die Verwirklichung der formalen Demokratie, der politischen Gleichberechtigung, die Einberufung der Nationalversammlung gleichbedeutend war mit der Aufrichtung der erschütterten Klassenherrschaft des Bürgertums, mit der Stabilisierung der Ausbeutung und Unterdrückung der Mehrheit des Volkes durch eine Minderheit. Sie setzten der Demokratie das Räteystem, der Nationalversammlung den Rätekongress entgegen. Das Räteystem schließt die Besitzenden, die Ausbeuter von der politischen

Gleichberechtigung aus. Es stellt der Klassenherrschaft der Besitzenden die Klassenherrschaft der Besitzlosen entgegen. Der Staat wird noch nicht aufgehoben, sondern zu einem Herrschaftsinstrument des Proletariats. Die Freiheit der Ausbeutung wird unterdrückt, der Widerstand der Ausbeuter wird mit Gewalt gebrochen durch die Diktatur des Proletariats.

Im Rätssystem werden die Arbeiterräte, die Vertreter des werktätigen Volkes zusammengefasst. Es schließt die Nutznießer fremder Arbeitskraft vom Wahlrecht aus. Damit beseitigt es den ökonomischen Gegensatz, welcher der formalen Demokratie, dem parlamentarischen System zugrunde liegt. Die Arbeiterräte treten in engste Beziehung zu ihren Wählern, unterliegen deren ständige Kontrolle. Sie werden nicht auf eine bestimmte Zeitdauer, sondern auf jederzeitigen Abruf gewählt. Daraus erwächst für die Arbeiterräte ein stärkeres Verantwortlichkeitsgefühl. Der Einfluss der Wähler auf die Gesetzgebung und Verwaltung wird ein weit stärkerer, als es im Parlament der formalen Demokratie der Fall ist. Im Rätssystem liegt die Gesetzgebung und Verwaltung vereint in den Händen der Arbeiterräte, wodurch jeder Bürokratismus von selbst verschwinden muss. Das Rätssystem wird somit zur Grundlage einer neuen Gesellschaftsordnung. Das Rätssystem wird sich politisch und ökonomisch betätigen. Es wird politisch in der Übergangsperiode zur Herrschaftsorganisation des Proletariats; seine Organe müssen die politische Verwaltung übernehmen. Ökonomisch wird es zur Organisation der Produktion.

Das Rätssystem in seiner politischen Betätigung wird somit zur revolutionären Kampforganisation des Proletariats. Es fasst das Proletariat zu einheitlichen Kampfmaßnahmen zusammen, zur Niederhaltung seiner Gegner. Dieser Zustand ist und darf kein Dauerzustand sein.

Sobald die sozialistische Demokratie die Aufhebung des Eigentums an den Produktionsmitteln erreicht ist, hört die Diktatur des Proletariats auf. Damit fällt auch der Staat und ein sozialistisches Gemeinwesen tritt an seine Stelle. Über die Übergangsperiode schrieb Karl Marx: "...Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats."

Das Rätssystem erfasst die werktätige Bevölkerung zu einheitlichem Handeln. Es kommt damit der wahren Demokratie näher, denn es schließt nur eine geringe Minderheit aus und macht aus der Diktatur des Proletariats den Willensausdruck der überwältigenden Mehrheit des

Volkes. Es bringt die Produktionsmittel in den Besitz der ganzen Gesellschaft; es leitet die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft ein. Das Rätssystem schafft aber noch nicht den Kommunismus. Es bedient sich auch noch gewisser bürgerlicher Rechtsnormen. Der Übergang von der kapitalistischen Produktion und den bürgerlichen Rechtsbegriffen zur gesellschaftlichen Produktion und der Erkenntnis der gesellschaftlichen Gleichheit kann nur auf dem Wege der Entwicklung erreicht werden. Der von Karl Marx aufgestellt Grundsatz: "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen" wird, wie auch Karl Marx selbst ausführte, erreicht sein, wenn "die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden ist".

### **3)Sozialisierung und Rätssystem**

Unter Sozialisierung verstehen wir die Überführung der Produktionsmittel in den Besitz der Gesellschaft. Die Sozialisierung ist noch nicht Sozialismus oder gar Kommunismus. Sozialisierung heißt, der kapitalistischen Gesellschaft die ökonomische Macht entreißen, was nur durch den politischen Kampf möglich ist. Sozialisierung ist unmöglich, solange der demokratische Staat besteht. Alle Sozialisierungsmaßnahmen der demokratischen Staatsgewalt halten die kapitalistische Produktionsweise aufrecht, die nur mit einem scheindemokratischen Gewande umgeben wird. Im günstigsten Falle tritt neben dem Besitzer der Produktionsmittel als Nutznießer der Arbeitskraft der Staat selbst und beide teilen sich dann den durch Arbeit erschaffenen Mehrwert. Dem Arbeiter wird die "Betriebsdemokratie" versprochen, er darf scheinbar mitreden; in Wirklichkeit wird das Ausbeutungsrecht der Unternehmer fester gefügt, ihr Profit gesichert.

Das Rätssystem wird in seiner politischen Betätigungsform den Kampf führen müssen, um die Sozialisierung, um die Aufhebung des Kapitalismus zu erreichen. Die Sozialisierung bedingt aber auch die Weiterführung der Produktion auf der vom Kapitalismus geschaffenen Grundlage. Diese Grundlage darf nicht zerstört werden; darum muss sofort an Stelle der anarchischen kapitalistischen Produktion die organisierte sozialistische Bedarfsdeckungswirtschaft treten, womit nicht gesagt sein soll, dass an einem bestimmten Tage überall gleichmäßig die Sozialisierung beginnen muss. Es gibt große, umfassende Produktionsgebiete, die sofort sozialisiert werden müssen, während andere, weniger wichtige zunächst unberührt bleiben können. Den Arbeitern im Betriebe kann nicht die Sozialisierung überlassen werden; sie kann nur geschehen durch gemeinsames Wirken aller Arbeiter und Konsumenten, wobei die Mitwirkung der Männer der

Wissenschaft gleichfalls erforderlich ist. Die Organisierung dieser Kräfte liegt im Rätssystem zur wirtschaftlichen Betätigung. Im Rätssystem vereinigen sich zwei Organisationen, die der Arbeiter und die der Konsumenten. Beide Organisationen sind verschieden, in beiden muss die Wissenschaft ihren Einfluss geltend machen.

Die Triebkraft der kapitalistischen Produktion ist der Profit. Um den Bedarf der Gesellschaft kümmert sich der Kapitalismus nicht. Das schafft jene anarchischen Zustände, die wir gegenwärtig besonders in Deutschland finden. Damit erweist der Kapitalismus seine Unfähigkeit, die zusammengebrochene Wirtschaft wieder aufzurichten. Er geht der völligen Auflösung entgegen, denn er vernichtet selbst die ökonomischen Voraussetzungen für den Bestand der Gesellschaft. Sie (die Sozialisierung) hebt die Planlosigkeit der kapitalistischen Produktion auf, versucht, jede Verschwendung von Kraft und Material zu verhindern und will mittels eines kleinen Kraftaufwandes die höchste Produktivität entfalten. Die Feststellung des Bedarfs geschieht durch die Organisation des Konsums. In dieser Organisation wirken alle Kräfte der werktätigen Bevölkerung, konzentriert in den kommunalen Arbeiterräten.

Die Produktion selbst wird getragen durch die Organisation der Betriebsräte. Die Arbeiter und Angestellten wählen aus ihrer Mitte die Betriebsräte, denen die Kontrolle der Produktion obliegt. Aus den Betriebsräten werden die Kontrollorgane für das Produktionsgebiet gewählt, die ihre Spitze in einem Reichswirtschaftsrat finden. Im Reichswirtschaftsrat vereinigt sich die Organisation des Konsums mit der Organisation der Produktion.

Die Leitung der Betriebe liegt in den Händen der Betriebsräte. Diese wird eingesetzt durch den Bezirksgruppenrat, der sich aus Vertretern der Betriebsräte des Produktionszweiges des Wirtschaftsgebietes zusammensetzt. In den Betriebsleitungen, wie auch in dem Kontrollorgan der Produktion (Bezirksgruppenräte, Reichsgruppenrat, Reichswirtschaftsrat) wirken die Männer der Wissenschaft aktiv mit.

Die planmäßige Organisation der Produktion erfordert den Aufbau einer wirtschaftlichen Räteorganisation. Durch sie soll die Selbstverwaltung aller Berufsarten, Industrie-, Gewerbe-, Handels- und Verkehrsbranche gewährleistet werden. Die Grundlage dieser Organisation sind die Betriebsstätten, die kleinsten gesellschaftlich produktiven Einheiten des Wirtschaftslebens. Aus den Betrieben werden die Vertrauensleute des werktätigen Volkes gewählt. Diese Räteorganisation erfasst alle arbeitenden

Kräfte des Volkes. Sie ist organisch auszubauen zu einer das ganze Volks- und Wirtschaftsleben zusammenfassenden Zentralorganisation.

Die deutsche Republik bildet eine Wirtschaftseinheit, die zentral verwaltet wird. Sie wird in Wirtschaftsbezirke eingeteilt, in denen die produktiv Tätigen in Bezirksorganisationen zusammengefasst werden.

Die gesamte Produktion gliedert sich nach Industrie-, Handels- und Wirtschaftszweigen und selbständigen Berufsgruppen.

Diese Gliederung ergibt folgende Gruppen:

1. Landwirtschaft, Gärtnerei, Tierzucht, Forstwirtschaft und Fischerei.
2. Bergbau, Hütten- und Salinenwesen, Torfgräberei.
3. Industrie der Steine und Erden, Baugewerbe.
4. Metallindustrie.
5. Chemische Industrie.
6. Spinnstoffgewerbe, Konfektion.
7. Papierindustrie, Graphisches Gewerbe.
8. Leder- und Schuhindustrie.
9. Holz- und Schnitzstoffgewerbe.
10. Nahrungs- und Genussmittelgewerbe.
11. Bank-, Versicherungs- und Handelsgewerbe.
12. Verkehrsgewerbe.
13. Beamte und Arbeiter der Staats- und Kommunalbetriebe.
14. Freie Berufe

Innerhalb jeder vorstehend aufgeführten Gruppe baut sich die Organisation der Arbeiter auf den Betriebsräten auf, bis zu einer Reichsgruppenorganisation.

In jedem selbständigen Betriebe wird ein Betriebsrat gewählt, wobei die Gruppen der Angestellten und Arbeiter berücksichtigt werden müssen. Der Betriebsrat beaufsichtigt und regelt gemeinsam mit der Betriebsleitung alle Angelegenheiten des Unternehmens.

Wo ein Unternehmen mehrere Betriebe oder selbständige Abteilungen umfasst, wird für jeden Betrieb ein Betriebsrat gewählt. Diese Betriebsräte treffen zusammen zu dem Gesamtbetriebsrat, der aus seiner Mitte den Aufsichtsrat bei der Leitung des Gesamtunternehmens wählt.

Für selbständige Klein- und Mittelbetriebe mit gleicher Produktion erfolgt eine Zusammenfassung der Einzelbetriebe räumlich in Ortsbetriebs- oder Revierräte. In ihnen können auch die Betriebsräte der Großbetriebe gleicher Produktionsart durch den Bezirksgruppenrat zusammengeschlossen werden.

Selbständige Kleingewerbetreibende und andere Berufsgruppen, die nicht in den Betrieben erfasst werden können, wählen in der Gemeinde, in Kreis und Großstädten bezirksweise einen gemeinschaftlichen Betriebsrat (Berufsrat).

Die Betriebsräte, Ortsbetriebsräte, Revierräte oder gemeinschaftlichen Betriebsräte einer jeden Gruppe innerhalb eines Wirtschaftsbezirkes schließen sich zu einem Bezirksgruppenrat zusammen und wählen einen geschäftsführenden Ausschuss. Der Bezirksgruppenrat überwacht und regelt die Produktion im Bezirke nach den vom Reichsgruppenrat zu erlassenden Bestimmungen. Innerhalb des Bezirkes ist der Bezirksgruppenrat die höchste Instanz zur Entscheidung aller sich aus dem Produktionsverhältnisse seiner Gruppe ergebenden Fragen.

Der Bezirksgruppenrat einer jeden Gruppe wählt aus seiner Mitte die Delegierten zum Bezirkswirtschaftsrat. Dieser entscheidet über Kompetenzstreitigkeit unter den vorhandenen Gruppen des Bezirkes; auch Produktions- und Wirtschaftsfragen, die nur innerhalb des Bezirkes geregelt werden können, unterliegen der Entscheidung des Bezirkswirtschaftsrates.

Der Bezirksgruppenrat einer jeden Gruppe wählt aus seiner Mitte Delegierte zu einem Reichsgruppenrat, welcher gebildet wird aus den Vertretern der gleichen Gruppe aller Bezirke.

Der Reichsgruppenrat ist die Zentralinstanz der Gruppe. Er hat nach dem allgemeinen Wirtschaftsplan des Reichswirtschaftsrats Art und Umfang der Produktion, Beschaffung und Verteilung der Rohmaterialien, den Absatz der Produkte sowie alle die Gruppe betreffenden Fragen zu regeln. Er kann zur Erledigung aller ihm obliegenden Fragen besondere Kommissionen bilden, die durch Sachverständige ergänzt werden können.

Die Reichsgruppenräte der aufgeführten Industrie-, Gewerbe-, Handelszweige usw. wählen aus ihrer Mitte Vertreter in den Reichswirtschaftsrat.

Die Vertreter der Reichsgruppenräte im Reichswirtschaftsrat regelt sich nach dem Verhältnis der Gesamtzahlen der in den einzelnen Gruppen Beschäftigten.

Der Reichswirtschaftsrat setzt sich zu gleichen Teilen zusammen aus den Vertretern der angeführten 14 Wirtschaftsgruppen und aus den Vertretern der Organisation des Konsums. Die Leitung des Reichswirtschaftsrates führen die dazu Beauftragten des Zentralrates.

Der Wille zur Sozialisierung, zur Umgestaltung des kapitalistischen Staatswesens wurzelt tief im Herzen des werktätigen Volkes. Mit elementarer Gewalt brach dieser Wille im November 1918 hervor. Überall wählten die Arbeiter, Angestellten und Beamten, Arbeiterräte und Betriebsräte, die das große Werk beginnen und vollenden sollten. Das gewaltige Problem, das damals aufgerollt wurde, konnte bis zum heutigen Tage noch nicht gelöst werden. Die Arbeiterklasse trat ohne jede Vorbereitung an dieses Problem heran; sie zerfleischte sich selbst im Ringen um ihre Befreiung. Die Gegenwehr der bürgerlichen Gesellschaft setzte ein, und damit begann die soziale Revolution, deren Verlauf Karl Marx in seinem "18.Brumaire" vorausgesagt hat:

"...Proletarische Revolutionen, wie die des neunzehnten Jahrhunderts, kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eigenen Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen grausam-gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihren Gegner nur niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge und sich riesenhafter ihnen gegenüber wieder aufrichte, schrecken stets von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht und die Verhältnisse selbst rufen:

Hic Rhodos, hic salta!"

Die Sozialistische LinksPartei ist eine junge, aktive und kämpferische Partei. Wir sind ein wesentlicher Teil der Bewegung zum Sturz der FPÖVP-Regierung. Wir waren aber auch schon in der Vergangenheit (damals noch als SOV), teilweise führend, an Bewegungen gegen Rassismus und FPÖ, gegen Sozial- und Bildungsabbau, für Frauenrechte sowie bei SchülerInnenprotesten beteiligt und haben aktive internationale Solidarität, etwa gegen den NATO-Krieg, geleistet.

Für uns ist das Problem aber nicht nur die blau-schwarze Regierung, wir sehen die Wurzel der Übel im kapitalistischen System selbst. Dieses System bringt soziale Not, Massenarbeitslosigkeit, Rassismus und Krieg - überall auf der Welt. Deshalb kämpfen wir für eine internationale Systemalternative, einen neue Gesellschaft: den Sozialismus. Nur eine solche, demokratisch geplante Wirtschaft und Gesellschaft kann Frieden und Entwicklung zugunsten der gesamten Menschheit sichern. Das kapitalistische Profitsystem hingegen bringt nur einer winzigen Minderheit dauerhaft Wohlstand. Die stalinistischen Staaten der Vergangenheit hatten mit Sozialismus nichts zu tun. Es gab zwar Planwirtschaft aber es fehlte völlig an der notwendigen Demokratie von unten!

Die SLP ist Anfang 2000 von den Mitgliedern der Sozialistischen Offensive Vorwärts SOV gegründet worden. Die SPÖ ist schon längst keine Partei mehr für ArbeiterInnen und Jugendliche, und auch die Grünen haben sich von ihren kämpferischen und alternativen Traditionen verabschiedet. Die SLP kämpft deshalb auch als einzige Kraft in Österreich für den Aufbau einer neuen, sozialistischen ArbeiterInnenpartei. Eine solche Partei in den nächsten Jahren zu verankern, ist nicht nur nötig, sondern möglich. Wir wollen ArbeitnehmerInnen und Jugendliche, Frauen, ImmigrantInnen und GewerkschafterInnen gewinnen, mit uns gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu kämpfen, wir wollen sie vor allem dafür gewinnen, mit uns für eine solche, sozialistische Gesellschaft zu kämpfen.

Die SLP ist "anders" - wir haben keinen großen Apparat, nicht viel Geld und keine Hintermänner. Die Arbeit der SLP steht und fällt mit der Aktivität und der Überzeugung unsere Mitglieder und UnterstützerInnen.

Wir verstehen uns auch als Ansatzpunkt für den Aufbau einer neuen internationalen ArbeiterInnenbewegung. Wir sind Teil des "Komitees für eine ArbeiterInneninternationale" CWI/KAI, das in über 30 Ländern auf allen Kontinenten vertreten ist.

## Ja, ich will:

- 1 Vorwärts-Abo! ( 18.- Normalabo/ 10.- Sozialabo)
- regelmäßige Infos der SLP!
- Euch persönlich kennenlernen!
- Mitglied bei der SLP werden!

Marke bitte!

Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Email: \_\_\_\_\_

**An die  
Sozialistische LinksPartei**

**Kaiserstraße 14/11  
A-1070 Wien**





